Die Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Lohnquote in der BRD von 1950 bis 1960 unter verteilungstheoretischem Aspekt

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der wirtschaftlichen Doktorwürde
des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans H. Wenkebach
aus Bremerhaven

Marburg 1972

Fotodruck E. Symon · 355 Marburg/Lahn · Friedrichstr. 3

Die Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Lohnquote in der BRD von 1950 bis 1960 unter verteilungstheoretischem Aspekt

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der wirtschaftlichen Doktorwürde
des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans H. Wenkebach
aus Bremerhaven

Marburg 1972

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Als Dissertation vom Fachbereich
Wirtschaftswissenschaften angenommen: 7. Februar 1972

Berichterstatter: Prof. Dr. E. Heuß

Mitberichterstatter: Prof. Dr. J. Grunau

Tag der mündlichen Prüfung: 8. Februar 1972

Gliederung

Seite

1. Einleitung 1

1.1 Zur Problemstellung 1

1.2 Definitorische Bemerkungen zur Lohnquote, Arbeitnehmerquote und zum Einkommensquotienten 8

1.3 Die Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung des Einkommensquotienten 14

1.4 Die Bedeutung der Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft für die Entwicklung von Lohnquote und Einkommensquotient 19

1.5 Die Bedeutung der Lohnquote und des Einkommensquotienten als Richtgrößen für die Auseinandersetzung über die Einkommensverteilung 22

2. Statistische Untersuchung 27

2.1 Die statistische Erfassung der Lohnquote 27

2.2 Die Veränderung der Arbeitnehmerquote 29

22.1 Die gesamtwirtschaftliche und die sektoralen Arbeitnehmerquoten 29

22.2 Der rechnerische Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote auf die Entwicklung der Lohnquote 29

22.3 Kritik an der Ermittlung des rechnerischen Einflusses der Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote 32

2.3 Die Entwicklung des Einkommensquotienten 37

23.1 Die Entwicklung der sektoralen Einkommensquotienten 37

23.2 Die Ermittlung des Einflusses der Strukturveränderungen auf die Entwicklung der Lohnquote 38

23.3 Die Gegenüberstellung der Entwicklung von Einkommensquotient und Arbeitnehmerquote 42

3. Der Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote auf den Einkommensquotienten 44

3.1 Die verschiedenen Arten der Zunahme der Arbeitnehmerquote und die Darstellung des Ausgangsmodells 45

3.2 Die Bedeutung des Wechsels von Selbständigen in eine Position der Unselbständigkeit für das Sinken des Einkommensquotienten 49

3.3 Die Bedeutung der steigenden Anzahl der Unselbständigen für die negative Entwicklung des Einkommensquotienten 55

3.4 Zusammenfassung 59

4. Die Entwicklung der Komponenten des Einkommensquotienten und die Ermittlung ihrer Einflußfaktoren 61

4.1 Die Veränderung des Jahresdurchschnittsverdienstes der Unselbständigen, des Preisniveaus und der realen Erwerbstätigenproduktivität 61

4.2 Die Faktoren, die zu dem Sinken des Einkommensquotienten beigetragen haben können 65

42.1 Die Wirkungen der Investitionen auf Gewinn, Lohn und Preisniveau 66

42.2 Die Bedeutung der Lohnpolitik 70

Seite

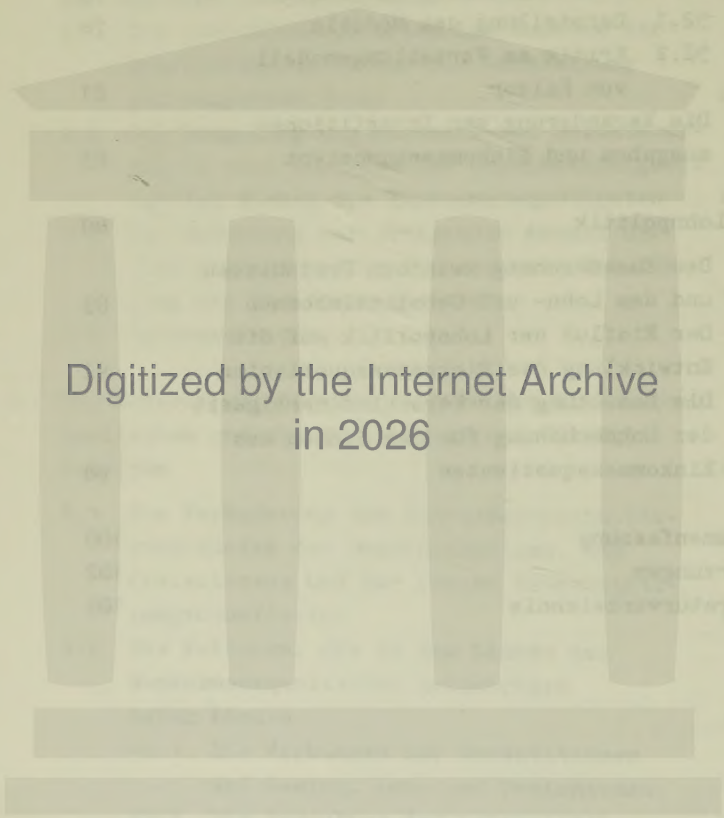
5. Die mögliche Beziehung zwischen steigender Investitionsquote und sinkendem Einkommensquotienten 73

5.1 Die kreislaufmäßigen Voraussetzungen der Gewinnbildung 73
5.2 Das Verteilungsmodell von Kaldor 78
52.1 Darstellung des Modells 78
52.2 Kritik am Verteilungsmodell von Kaldor 81
5.3 Die Veränderung von Investitionsausgaben und Einkommensquotient 85

6. Die Lohnpolitik 89

6.1 Der Zusammenhang zwischen Preisniveau und dem Lohn- und Gehaltseinkommen 89
6.2 Der Einfluß der Lohnpolitik auf die Entwicklung des Einkommensquotienten 92
6.3 Die Bedeutung der Verschiedenartigkeit der Lohnerhöhung für das Sinken des Einkommensquotienten 98

7. Zusammenfassung 100
Abkürzungen 102
Literaturverzeichnis 103



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546018_0037

1. Einleitung

1.1 Zur Problemstellung

Nachdem der Begriff "Lohnquote" längere Zeit aus der verteilungspolitischen Diskussion - aus guten Gründen - verschwunden war, hat der DGB mit seiner Zielprojektion vom Herbst 1969 nicht nur die Diskussion über den Verteilungsindikator "Lohnquote", sondern auch allgemeine Fragen über die Einkommensverteilung neu belebt.

Nach den Vorstellungen des DGB soll die Lohnquote - der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen - von 65,4% im Jahre 1969 auf 72,5% im Jahre 1975 ansteigen[1].

Ein Anstieg der Lohnquote um 7,1 Prozentpunkte innerhalb von sechs Jahren erscheint ziemlich unwahrscheinlich, wenn man sich die statistischen Daten über die Entwicklung der Lohnquote in der BRD ansieht. So stieg die Lohnquote von 58,6% im Jahre 1950 auf 60,8% im Jahre 1960[2] und erreichte 1969 65,4%[3]. Der tatsächliche Anstieg der Lohnquote um 6,8 Prozentpunkte innerhalb von 20 Jahren ist damit geringer als die geplante Erhöhung der Lohnquote in dem erheblich kürzeren Zeitraum von 1969 bis 1975. Ändert sich die wirtschaftliche Situation in der BRD nicht wesentlich gegenüber den vorangegangenen Jahren,

---

1) Siehe hierzu das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970, (im folgenden zit.: Sachverständigengutachten ...), Ziff. 243, S.73 f.

2) Sachverständigengutachten 1965, Tab.30, S.58.

3) Sachverständigengutachten 1970, Tab.21, S.74.

so ist mit einem solchen Anstieg der Lohnquote nicht zu rechnen[1].

Da die Lohnquote eine Größe ist, deren Höhe von der gesamtwirtschaftlichen Situation bestimmt wird, kann die Entscheidung über einen solchen Spielraum bei der Erhöhung der Lohnquote nicht allein von den Gewerkschaften abhängen, sondern entscheidend ist auch das Verhalten der anderen Wirtschaftssubjekte. In einem Wirtschaftssystem, in welchem dem einzelnen noch ein relativ großer Entscheidungsspielraum gegeben ist, ist der Markt, d.h. das Zusammenspiel aller Kräfte, die letzte und entscheidende Instanz für die Höhe der Lohnquote.

Aber Skepsis ist nicht nur über den von den Gewerkschaften geplanten Anstieg der Lohnquote angebracht, sondern auch darüber, ob die Lohnquote und die ihr gegenüberstehende Gewinnquote die Verteilung der Einkommen zwischen Selbständigen und Unselbständigen hinreichend anzeigen können.
Die alleinige Betrachtung der Entwicklung der Lohnquote ist für die Beurteilung der tatsächlichen Einkommensverteilung unzureichend. Zum einen sagt die Lohnquote nichts über die personelle Verteilung der Einkommen aus, d.h. die Lohn- und Gewinnquote zeigen nur funktional die Verteilung der Einkommen nach Einkommensarten[2]

---

1) Ändert sich die Situation in der BRD insofern, daß die Investitionsneigung der Unternehmer tendenziell zurückgeht und die Löhne weiterhin relativ stark ansteigen, wofür gewisse Anzeichen sprechen könnten, so wäre eine teilweise Realisierung dieser Zielprojektion schon eher möglich.

2) Siehe hierzu Krelle, W., "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft", in: "Einkommensbildung und Einkommensverteilung", Hrsg.: W. Hoffmann, Schr. d. V. f. Sp. NF. 13, Berlin 1957, S.55.

aber nicht nach Einkommensbeziehern an [1]. Zum anderen ist die alleinige Betrachtung der Anteile beider Einkommensarten am Volkseinkommen deswegen unzureichend, weil man nicht erkennt, auf wieviel Empfänger sich der jeweilige Anteil aufteilt.

Trotz erheblicher Anstrengungen der Statistiker, die Einkommensverteilungsstatistik zu verbessern, wie z.B. durch die Heranziehung von Steuerstatistiken und Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, ist es wegen der Lückenhaftigkeit der amtlichen Statistik zur Zeit noch nicht möglich, andere "Kriterien als die Lohn- und Gewinnquote zur Kennzeichnung der Einkommensverteilung heranzuziehen"[2].

Während der oben erwähnte erste Mangel der Lohn- und Gewinnquote, nämlich die fehlende Kennzeichnung der personellen Einkommensverteilung, bisher noch nicht behoben werden konnte, ist der zweite angegebene Mangel relativ leicht zu beheben.

Dividiert man den Zähler der Lohnquote eines bestimmten Jahres - das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (L) - mit der in diesem Jahr durchschnittlich beschäftigten Anzahl der Unselbständigen (A) und den Nenner der Lohnquote

---

1) Die Verteilung der Einkommen nach Einkommensbeziehern anzugeben, ist deshalb wichtig, weil eine Person durchaus aus mehreren Quellen Einkommen beziehen kann, wobei die Quellen in beiden Einkommensarten liegen können.

2) Ott, A.E., "Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung", Schriftenreihe der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zur Wirtschafts- und Industriepolitik, Heft 10, Düsseldorf 1968, S.23.

- das Volkseinkommen (Y) - mit der Anzahl der durchschnittlich in diesem Jahr beschäftigten Erwerbstätigen (B), so erhält man das Durchschnittseinkommen der abhängig Erwerbstätigen (L/A = w) bezogen auf das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen (Y/B). Dieser Quotient ($\frac{w}{Y/B}$) wird im folgenden vereinfachend als Einkommensquotient bezeichnet.

Soll die Veränderung des Einkommensquotienten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes untersucht werden, so muß die Entwicklung der Lohnquote von der Veränderung der Arbeitnehmerquote (A/B) bereinigt werden, d.h. die Arbeitnehmerquote wird in dem zu untersuchenden Zeitraum konstant gehalten. Man erhält dann eine der sogenannten "rechnerischen" Lohnquoten des Sachverständigenrates.[1] Die Entwicklung dieser "rechnerischen" Lohnquote resultiert dann allein aus der partiell betrachteten Veränderung des Einkommensquotienten.

Diese "rechnerische" Lohnquote soll nach der Zielprojektion der Gewerkschaften von 61,8% im Jahre 1969 auf 66,4% im Jahre 1975 steigen[2], das sind 4,6 Prozentpunkte. Ein solcher geplanter Anstieg der "rechnerischen" Lohnquote bedeutet, daß das Durchschnittseinkommen der abhängig Erwerbstätigen stärker ansteigen soll als das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen.

---

1) Siehe hierzu u.a. Sachverständigengutachten 1965, Tab.30, S.58.

2) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1970, Tab. 21, S.74.

Abgesehen davon, daß diese "rechnerische" Lohnquote für die Beurteilung der Einkommensverteilung zwischen Selbständigen und Unselbständigen präzisere Angaben ermöglicht als die einfache Lohnquote, bleiben die Einwände gegen jene Zielprojektion die gleichen wie bei der Zielprojektion der Lohnquote.
Bei der Betrachtung der Entwicklung der "rechnerischen" Lohnquote seit 1950 ist festzustellen, daß es in der BRD sogar einen Zeitraum gab, in dem diese tendenziell sank[1) 2)]. In diesem Zeitraum - man kann ihn ungefähr von 1950 bis 1960 datieren - stieg der Anteil der abhängig Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmerquote) schneller als der Anteil des Einkommens der abhängig Erwerbstätigen am Gesamteinkommen (Lohnquote). Das bedeutet, daß das Durchschnittseinkommen der abhängig Erwerbstätigen (w) nicht nur geringer stieg als das Durchschnittseinkommen der Selbständigen, sondern damit auch geringer gestiegen sein muß als das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen (Y/B). Dies ist gleichbedeutend mit einem Sinken des Einkommensquotienten ($\frac{w}{Y/B}$).

---

1) Siehe hierzu Tab. 1 auf S. 6 dieser Arbeit.

2) Nach neueren Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) liegt diese "rechnerische" Lohnquote noch immer unter der Ausgangsposition von 1950. Siehe hierzu: "Arbeitnehmeranteil gesunken", in: Frankfurter Rundschau v. 1.4. 1971, S.1.

Tabelle 1

"Rechnerische" Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen (Arbeitnehmerquote)

des Jahres 1950 [1]	in v H.	des Jahres 1960 [2]	in v.H.
1950	58,6	1960	60,6
1951	57,6	1961	61,6
1952	55,7	1962	62,8
1953	56,0	1963	62,7
1954	55,9	1964	62,1
1955	54,5	1965	62,1
1956	54,5	1966	62,8
1957	54,3	1967	63,4
1958	54,9	1968	61,6
1959	54,2	1969	61,8
1960	53,7		

Das Anliegen dieser Arbeit ist nun:

1. die Faktoren zu bestimmen, die für die Entwicklung dieser "rechnerischen" Lohnquote (Einkommensquotient) von Bedeutung sein könnten und

2. an Hand dieser Faktoren das tendenzielle Sinken des Einkommensquotienten in der Zeit von 1950 bis 1960 zu erklären.

Der Versuch, das Sinken des Einkommensquotienten in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 zu erklären,

---

1) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965 Tab. 30, S.58.

2) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1970 Tab. 21, S.74.

ist deshalb interessant, weil er einen Einblick gibt in die erhebliche Anzahl von Faktoren, die einen Einfluß auf die Veränderung der Lohnquote und des Einkommensquotienten haben und daher bei der Projektion von Lohnquote und Einkommensquotienten berücksichtigt werden müssen.

Die Projektion einer Globalgröße wie der Lohnquote und des Einkommensquotienten wird umso problematischer sein, je größer die Anzahl der Einflußfaktoren ist, je ungewisser deren zukünftige Entwicklung ist und je weniger Aussagen über deren Beziehung zueinander gemacht werden können.

Bei der Bestimmung der möglichen Einflußfaktoren und deren Beziehung zueinander kann die Erfahrung aus der historischen Entwicklung der Lohnquote und des Einkommensquotienten helfen.

1.2 Definitorische Bemerkungen zur Lohnquote, Arbeitnehmerquote und zum Einkommensquotienten

Bezeichnen wir den Jahresdurchschnittsverdienst der abhängig Erwerbstätigen mit w, das nominale Volkseinkommen mit Y, die Lohn- und Gehaltssumme aller abhängig Erwerbstätigen mit L und die Anzahl der abhängig Erwerbstätigen mit A, so kann für die Lohnquote ohne besondere Berücksichtigung der Arbeitszeit geschrieben werden:

$$(1) \quad \frac{L}{Y} = \frac{A \cdot w}{Y}$$

Werden Zähler und Nenner des rechten Bruches mit der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (B) dividiert, so erscheint, wie in der folgenden Gleichung ersichtlich, die Arbeitnehmerquote (A/B) explizit:

$$(2) \quad \frac{L}{Y} = \frac{A/B \cdot w}{Y/B} = \frac{A}{B} \cdot \frac{w}{Y/B}$$

Aus dieser Gleichung ist erkennbar, daß die Lohnquote das Produkt aus der Arbeitnehmerquote und dem Quotienten aus dem durchschnittlichen Jahresverdienst der abhängig Erwerbstätigen zu dem durchschnittlichen Jahreseinkommen aller Erwerbstätigen (Einkommensquotient) ist[1].

---

1) Daß im Nenner das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen steht und nicht das Profiteinkommen je Selbständigen, wie es Jeck, A. "Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens", Tübingen 1970, S.13 ff. vorschlägt, hat zwei Gründe: zum einen ist die Gleichung (2) einfacher zu handhaben als eine Gleichung, in der das Einkommen der Selbständigen in irgendeiner Form explizit auftaucht, zum anderen interessiert hier nur die Einkommenssituation je Unselbständigen gegenüber der je Erwerbstätigen.

Wird nun jeweils einer von den beiden Quotienten innerhalb des zu betrachtenden Zeitraumes konstant gehalten, so bekommt man die "rechnerischen" Lohnquoten des Sachverständigenrates[1]. Wird der Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$ konstant gehalten, d.h. wird dessen vermutlicher Anteil an der historischen Entwicklung der Lohnquote partiell ausgeschaltet, so erhält man folgende "rechnerische" Lohnquote:

$$(3) \quad \frac{L_I}{Y_I} = \frac{A_{t1}}{B_{t1}} \cdot \frac{w_{to}}{Y_{to}/B_{to}}$$

(to und t1 zeigen die betreffenden Zeiträume an, in welchen die für die Bestimmung der Lohnquote erforderlichen Daten erhoben wurden).

Die Veränderung dieser Lohnquote - die im folgenden als "rechnerische" Lohnquote I bezeichnet wird - ist dann rein rechnerisch auf eine Veränderung der Arbeitnehmerquote zurückzuführen. Analog dazu erhält man die oben schon erwähnte "rechnerische" Lohnquote II, indem die Arbeitnehmerquote während der zu untersuchenden Zeit konstant gehalten wird und der Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$ variabel ist:

$$(4) \quad \frac{L_{II}}{Y_{II}} = \frac{A_{to}}{B_{to}} \cdot \frac{w_{t1}}{Y_{t1}/B_{t1}}$$

Diese "rechnerischen" Lohnquoten zeigen den partiellen Einfluß einer Veränderung der Arbeitnehmerquote bzw. des Einkommensquotienten bei konstantem Einkommensquotienten bzw. konstanter Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote. Die Aussagekraft dieser "rechnerischen" Lohnquoten für die Beurteilung der tatsächlichen Lohn-

---

1) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965, Tab. 30, S.58.

quotenentwicklung hängt davon ab, ob die Bedingung für eine Konstanz des Einkommensquotienten bzw. der Arbeitnehmerquote bei Veränderung der Arbeitnehmerquote bzw. Einkommensquotienten tatsächlich gegeben ist. Es wird daher für die Erklärung des tatsächlichen Verlaufs der Lohnquote erforderlich sein, auf die möglichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmerquote und Einkommensquotienten näher einzugehen.

Wird das Produkt aus beiden "rechnerischen" Lohnquoten dividiert durch die Lohnquote des Ausgangsjahres (to), so erhält man die tatsächliche Lohnquote des Jahres t1:

$$(5)\quad \frac{L_{t1}}{Y_{t1}} = \frac{\frac{L_I}{Y_I} \cdot \frac{L_{II}}{Y_{II}}}{\frac{L_{to}}{Y_{to}}} = \frac{\frac{A_{t1}}{B_{t1}} \cdot \frac{w_{to}}{Y_{to}/B_{to}} \cdot \frac{A_{to}}{B_{to}} \cdot \frac{w_{t1}}{Y_{t1}/B_{t1}}}{\frac{A_{to}}{B_{to}} \cdot \frac{w_{to}}{Y_{to}/B_{to}}}$$

$$= \frac{A_{t1}}{B_{t1}} \cdot \frac{w_{t1}}{Y_{t1}/B_{t1}}$$

Aus dieser funktionalen Beziehung ist ersichtlich, daß die Veränderungsrate der tatsächlichen Lohnquote innerhalb der Größenordnung von beiden Veränderungsraten der "rechnerischen" Lohnquoten verlaufen muß. Steigt z.B. die "rechnerische" Lohnquote I stärker als die "rechnerische" Lohnquote II, so muß die Wachstumsrate der tatsächlichen Lohnquote kleiner sein als die der "rechnerischen" Lohnquote I aber größer sein als die der "rechnerischen" Lohnquote II[1].

---

1) Diese Aussage erläutert nur die funktionalen Beziehungen und nicht den kausalen Zusammenhang zwischen den "rechnerischen" Lohnquoten und der tatsächlichen Lohnquote.

Betrachtet man das Zahlenmaterial über die Entwicklung der Lohnquoten (Tabelle 2 auf S. 12), so ist festzustellen, daß die tatsächliche Lohnquote bis auf die kleinen Rückgänge von 1952, 1955 und 1959 langsam aber kontinuierlich anstieg.
Die "rechnerische" Lohnquote I, deren Veränderung der Entwicklung der Arbeitnehmerquote zuzuschreiben ist, stieg stärker an als die tatsächliche Lohnquote. Da die Arbeitnehmerquote von 1950 bis 1960 von 68,38% auf 77,46% gestiegen ist, hätte die Lohnquote bei konstantem Einkommensquotienten ("rechnerische" Lohnquote I) von 58,6% im Jahre 1950 auf 66,4% im Jahre 1960 steigen müssen. Sie ist aber nur auf 60,8% gestiegen[1].
Da nun die Arbeitnehmerquote (A/B) in diesem Zeitraum erheblich stärker gestiegen ist als die Lohnquote (L/Y) (Schaubild 1 auf S.13), muß der Einkommensquotient ($\frac{W}{Y/B}$) innerhalb des erwähnten Zeitraumes gesunken sein; dies ist aus der Betrachtung der Entwicklung der "rechnerischen" Lohnquote II leicht ersichtlich.

Die negative Entwicklung des Einkommensquotienten kann auf zwei Ursachenkomplexe zurückgeführt werden:

---

1) Daraus aber zu schließen, daß der Anstieg der Lohnquote ausschließlich dem Anstieg der Arbeitnehmerquote zuzuschreiben ist, wie es der Sachverständigenrat tut (Sachverständigengutachten 1965, Ziff.91, S.55), ist sehr gewagt, denn diese "rechnerischen" Lohnquoten lassen keine kausalen Erklärungen zu. Der Anstieg der Lohnquote kann auch strukturbedingt sein.

Tabelle 2 [1]

Jahr	Arbeitnehmerquote in %	Tatsächl. Lohnquote in % a)	Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil	
			des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer am Volkseinkomm. je Erwerbstätig. $(\frac{W}{Y/E})$	der Abhängigen an den Erwerbstätigen $(\frac{A}{E})$
			des Jahres 1950 (in v.H.)	
			I	II
1950	68,38	58,6	58,6	58,6
1951	69,62	58,7	59,7	57,6
1952	70,56	57,4	60,5	55,7
1953	71,62	58,7	61,4	56,0
1954	72,60	59,4	62,2	55,9
1955	73,76 b	58,8 b	63,2	54,5
1956	74,60	59,5	64,0	54,5
1957	75,18	59,7	64,4	54,3
1958	75,43	60,5	64,6	54,9
1959	76,05	60,2	65,2	54,2
1960	77,46	60,8	66,4	53,7
1961	77,95	62,5	66,8	54,8
1962	78,60	63,9	67,4	55,6
1963	79,25	64,7 c	68,0	55,8

a) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in v.H. des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten).

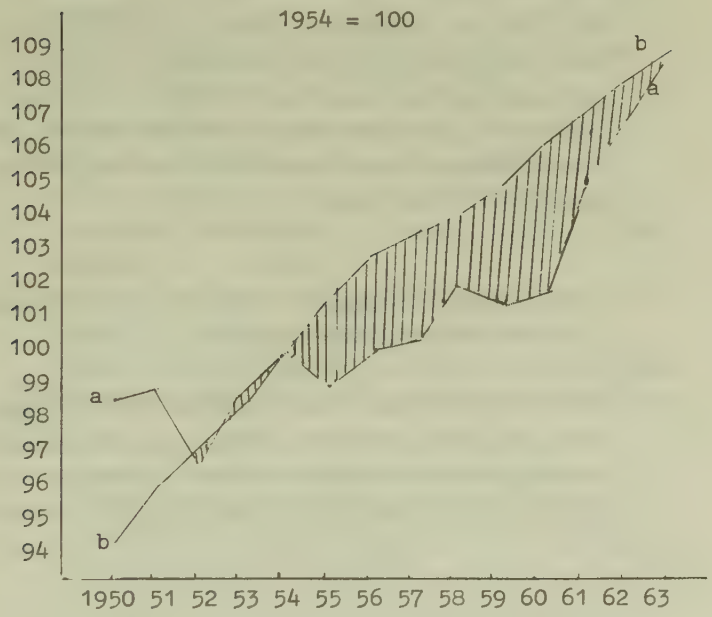
b) Ohne Saarland und Berlin.

c) Vorläufige Ergebnisse.

1) Sachverständigengutachten 1965/66 Tabelle 30, S.58.

Zur Arbeitnehmerquote siehe Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1966, S.148 und 1960, S.142.

Lohnquote (a) und Arbeitnehmerquote (b)



Zum einen kann die steigende Arbeitnehmerquote so auf den Einkommensquotienten ($\frac{w}{Y/B}$) eingewirkt haben, daß das Durchschnittseinkommen der abhängig Erwerbstätigen (w) nicht so stark gestiegen ist wie das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen (Y/B), da die neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen ein niedrigeres Durchschnittseinkommensniveau haben als die schon beschäftigten Unselbständigen.
Bei dieser Fragestellung wird die Entwicklung der Arbeitnehmerquote als exogen gegeben, d.h. unabhängig von der Veränderung des Einkommens-

quotienten angesehen[1]. Ob die Entwicklung der Arbeitnehmerquote tatsächlich so unabhängig von der Entwicklung des Einkommensquotienten war, wäre bei der Untersuchung dieser Hypothese noch zu überprüfen.

Zum anderen können die Komponenten des Einkommensquotienten (w, Y/B) unabhängig von der Entwicklung der Arbeitnehmerquote zu dessen Sinken beigetragen haben. Betrachten wir daher die möglichen Einflußfaktoren auf den Einkommensquotienten näher.

1.3 Die Bestimmungsfaktoren für die Entwicklung des Einkommensquotienten

Eine Konstanz des Einkommensquotienten $(\frac{w}{Y/B})$ wird nur dann erreicht, wenn das durchschnittliche Jahreseinkommen der Unselbständigen (w) gleich stark ansteigt wie das durchschnittliche

---

1) Siehe hierzu Külp, B., "Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften", Berlin 1965, S.294.

Jahreseinkommen aller Erwerbstätigen (Y/B) [1].

Zu dem Sinken des Einkommensquotienten in dem erwähnten Zeitraum müssen Faktoren beigetragen haben, die verhinderten, daß das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen so stark gestiegen ist wie das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen.

Als erster möglicher Einflußfaktor wäre die steigende Arbeitnehmerquote zu erwähnen, von der ein tendenziell mindernder Einfluß auf das Durchschnittseinkommen je Unselbständigen ausgegangen sein könnte.
Als weiterer möglicher Einflußfaktor käme die Lohnpolitik der Gewerkschaften in Frage.
Betrachtet man dazu noch einmal den Einkommensquotienten $(\frac{w}{Y/B})$ und zwar in etwas anderer Form,

---

1) Ist die Arbeitnehmerquote konstant, so bleibt der Einkommensquotient unverändert, wenn das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen (w) gleich stark ansteigt wie die wertmäßige Arbeitsproduktivität (Y/A). Steigt die Arbeitnehmerquote A/B, so bleibt zwar die Lohnquote konstant, wenn das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen (w) im Umfange der nominalen Arbeitsproduktivität (Y/A) steigt, aber der Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$ sinkt. Das Durchschnittseinkommen je Erwerbstätigen (Y/B) steigt relativ stärker als das Durchschnittseinkommen je Unselbständigen (w), da die nominale Arbeitsproduktivität (Y/A) relativ schwächer ansteigt als das Durchschnittseinkommen je Erwerbstätigen (Y/B).
($\Delta Y/\Delta B > \Delta Y/\Delta A$ da $\Delta Y/\Delta B = \Delta Y/\Delta A \cdot \Delta A/\Delta B$ ist).

Siehe hierzu Riese, H., "Wirtschaftswachstum, Produktivitätslohn und Preisstabilität", in: "Lohnpolitik und Vermögensbildung", Hrsg.: E. Stiller, Tübingen 1964, S.225.

(6) $\frac{w}{Y/B} = \frac{w}{P \cdot Yr/B} = \frac{w/P}{Yr/B}$

mit P als Preisniveau und Yr/B als realer Erwerbstätigenproduktivität,

so ist ersichtlich, daß bei steigendem Preisniveau (P) eine Konstanz des Einkommensquotienten ($\frac{w/P}{Yr/B}$) nur dann erreicht werden kann, wenn der Reallohn (w/P) im gleichen Umfang ansteigt wie die reale Produktivitätsverbesserung (Yr/B). Zu einem Sinken des Einkommensquotienten kann die Lohnpolitik dann in folgender Weise beigetragen haben:

Auf Grund der konjunkturellen Verhältnisse, der Arbeitsmarktsituation und eventuell auch der mangelnden Erfahrung der Gewerkschaften bei der Beurteilung der Preisniveauveränderung, kann es dazu gekommen sein, daß es den Gewerkschaften nicht gelingt, die Reallöhne im Umfange der realen Erwerbstätigenproduktivität zu erhöhen. Auch wenn die Nominallöhne im Umfange der realen Produktivitätsverbesserung gestiegen sind, kann das Preisniveau sich ebenfalls erhöht haben, so daß der Einkommensquotient sinkt. Abgesehen davon, daß die Komponenten der Gesamtnachfrage, wie z.B. die Investitionsgüternachfrage, preisniveausteigernd gewirkt haben können, kann die Ursache des Preisniveauanstiegs auch mit bei der Lohnpolitik liegen.
Finden die Nominallohnerhöhungen - wenn auch nicht gleichzeitig - in der ganzen Volkswirtschaft statt, so ist in der Regel mit einer

Wirkung auf das Preisniveau zu rechnen, wobei die Wirkung zum Zeitpunkt der lohnpolitischen Entscheidung noch ungewiß ist[1].
In welchem Umfange nun die Reallöhne steigen, hängt von der gesamtwirtschaftlichen Situation ab[2].
"Sicher ist aber, daß die Expansion der Realgröße Produktionsvolumen (oder volkswirtschaftliches Gesamtangebot) die Grenze für die Realeinkommenssteigerung bildet. Je stärker daher die Geldlöhne gesteigert werden, desto geringer wird die Aussicht, auf diesem Wege einen äquivalenten Zuwachs am Realeinkommen zu erreichen"[3].

In welchem Umfang der Preisniveauauftrieb verstärkt wird, hängt dabei ab vom Ausmaß der Nominallohnerhöhung, von der konkreten gesamtwirtschaftlichen Situation, vom Verhalten der Unternehmer und von der Finanzierungsart und -möglichkeit dieser Lohnerhöhung.
Befindet sich die Volkswirtschaft z.B. in einer Situation der Vollbeschäftigung, so kann es sein, daß die Unternehmer den vorher realisierten Gewinn beibehalten wollen und die Lohnerhöhung in die Preise weitergeben. Die Voraussetzung für das Gelingen besteht darin, daß die Lohnerhöhung mit zusätzlichen Krediten vorfinanziert wird und damit zu einer Kreislaufausweitung beiträgt, die wiederum die Preiserhöhung ohne Produktionseinschränkung ermöglicht[4].

---

1) Siehe hierzu Grunau, J., "Lohnpolitik, Produktivität und Preisniveau", in: Ordo Bd. XV/XVI 1965, S.11.

2) Findet die Nominallohnerhöhung in einzelnen Betrieben statt, so ist es sehr wahrscheinlich, daß sich auch die Reallöhne im gleichen Umfange erhöhen.

3) Grunau, J., a.a.O., S.114.

4) Von der stärkeren Zinsbelastung der Unternehmen soll hier abgesehen werden.

Soll der Einkommensquotient konstant bleiben, so muß bei der Lohnerhöhung neben einer laufenden realen Produktivitätsverbesserung auch die laufende und zukünftige Preissteigerung richtig antizipiert werden, was sehr schwierig sein wird. Es kann deshalb ein "Lohn-Lag" entstehen, als die Preissteigerung in der Regel erst bei der nächsten Lohnverhandlung berücksichtigt werden kann. Dieser "Lohn-Lag" wirkt dann mittelfristig auf den Einkommensquotienten, da die Reallöhne nicht in gleichem Umfang ansteigen wie die Nominallöhne.

Aber nicht nur die Lohnpolitik kann zu einem steigenden Preisniveau und damit zu einem Nachhinken der Reallöhne hinter der Entwicklung der Nominallöhne geführt haben, sondern auch die Entwicklung der Gesamtbeiträge und dabei insbesondere die Investitionsgütermachfrage.

Bei der Erklärung eines Sinkens des Einkommensquotienten in den Jahren nach 1960 wäre zu untersuchen, inwieweit die steigende Arbeitslosenquote, die Lohnpolitik und die Entwicklung der Gesamtbeiträge, insbesondere der Investitionsgütermachfrage, zu einem Sinken des Einkommensquotienten beigetragen haben.

Daneben muß aber auch der Einfluß der Strukturveränderungen innerhalb der Volkswirtschaft auf die Entwicklung der Lohnquote und des Einkommensquotienten berücksichtigt werden.

1.4 Die Bedeutung der Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft für die Entwicklung von Lohnquote und Einkommensquotient

Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ist das gewogene arithmetische Mittel der sektoralen Lohnquoten einer Volkswirtschaft. Dabei werden die Lohnquoten der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit dem Anteil dieses Sektors an der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft (Y_i/Y) gewichtet, also

$$(7) \quad \frac{L}{Y} = \sum_{i=1}^{n} \frac{Y_i}{Y} \cdot \frac{L_i}{Y_i} = \sum_{i=1}^{n} s_i \cdot a_i \quad ^{1)}$$

Eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote kann darauf beruhen, daß sich bei konstanten sektoralen Anteilen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (s_i) die sektoralen Lohnquoten (a_i) verändern, oder daß sich bei konstanten sektoralen Lohnquoten die sektoralen Anteile an der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft verändern. Die dritte Möglichkeit wäre eine Kombination aus beiden partiellen Veränderungen.

Die Veränderung der sektoralen Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (s_i) und deren Auswirkung auf die Lohnquote der gesamten Volkswirtschaft soll als Struktureffekt bezeichnet werden.

---

1) Siehe hierzu Bombach, G., "Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie", in: "Einkommensverteilung und technischer Fortschritt", Hrsg.: E. Schneider, Schr.d.V.f.Sp. NF 17, Berlin 1959, S.107.

Werden die sektoralen Lohnquoten weiterhin aufgegliedert in die sektoralen Arbeitnehmerquoten und die sektoralen Einkommensquotienten, so erhält man für die gesamtwirtschaftliche Lohnquote folgenden Ausdruck:

$$(8) \quad \frac{L}{Y} = \sum_{i=1}^{n} \frac{Y_i}{Y} \cdot \frac{A_i}{B_i} \cdot \frac{w_i}{Y_i/B_i}$$

Bezeichnet man A_i/B_i mit b_i und $w_i / \frac{Y_i}{B_i}$ mit v_i, so kann für die gesamtwirtschaftliche Lohnquote vereinfachend geschrieben werden:

$$(8a) \quad \frac{L}{Y} = \sum_{i=1}^{n} s_i \cdot b_i \cdot v_i \quad \text{, mit } a_i = b_i \cdot v_i \text{ 1)}$$

Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ist damit das Produkt aus den sektoralen Anteilen an der Gesamtwertschöpfung (s_i), den sektoralen Arbeitnehmerquoten (b_i) und den sektoralen Einkommensquotienten (v_i).

Soll die Intensität des Einflusses einer Zunahme der sektoralen Arbeitnehmerquoten (b_i) auf die gesamtwirtschaftliche Lohnquote innerhalb eines Zeitraumes festgestellt werden, so müssen die sektoralen Einkommensquotienten (v_i) konstant gehalten werden.

Werden auch die sektoralen Anteile an der Gesamtwertschöpfung (s_i) konstant gehalten, dann ist die Berechnung des Einflusses einer

---

1) Siehe hierzu Schmidt, K.D., Schwarz, U. und Thiebach, G., "Das Problem der Lohnquote". Gutachten erstattet im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Tübingen 1966, S.66.

steigenden Arbeitnehmerquote (b_i) auf die gesamtwirtschaftliche Lohnquote nur dann aussagefähig, wenn die Relation von Unselbständigen zu Erwerbstätigen in allen Sektoren sich im gleichen Verhältnis bewegt, d.h. wenn die Arbeitnehmerquote in jedem Sektor gleich stark variiert. Nehmen die Arbeitnehmerquoten in den einzelnen Sektoren unterschiedlich zu, weil die Beschäftigten z.B. von einem Wirtschaftszweig in einen anderen abwandern, so können bei einer Berechnung des Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote (b_i) auf die gesamtwirtschaftliche Lohnquote die sektoralen Anteile an der Gesamtwertschöpfung (s_i) nicht mehr konstant gehalten werden. Die Veränderung der Wertschöpfungsanteile gibt dann nämlich den Einfluß der unterschiedlichen Zunahme der sektoralen Arbeitnehmerquoten an[1].
Es ist daher neben der Veränderung der sektoralen Arbeitnehmerquoten (b_i) auch der Einfluß der Strukturveränderungen auf die Lohnquote zu berücksichtigen.
Steigt die Arbeitnehmerquote (b_i) in einem Wirtschaftszweig mit überdurchschnittlichem Wertschöpfungsanteil (s_i) und einem über dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft liegenden Einkommensquotienten (v_i) stärker an als in den anderen Sektoren, so wird die Lohnquote stärker steigen, als wenn die Arbeitnehmerquoten überall im gleichen Umfange gestiegen wären.

Bei der Untersuchung der Entwicklung der Lohnquote und des Einkommensquotienten muß der Einfluß einer steigenden Arbeitnehmerquote auf die sektoralen Anteile an der Gesamtwertschöpfung berücksichtigt werden. Die Lohnquote braucht nicht so stark anzusteigen wie die Arbeitnehmerquote,

---

1) Siehe hierzu Schmidt, K.D., Schwarz, U. und Thiebach, G., a.a.O., S.88.

weil die Strukturveränderungen einen negativen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ausgeübt haben.
Die Aufspaltung der Lohnquotenveränderung in die Veränderung der sektoralen Arbeitnehmerquoten mit Berücksichtigung der Veränderung der sektoralen Anteile an der Gesamtwertschöpfung und der Veränderung der sektoralen Einkommensquotienten gilt nur rein rechnerisch.

1.5 Die Bedeutung der Lohnquote und des Einkommensquotienten als Richtgrößen für die Auseinandersetzung über die Einkommensverteilung

Nachdem die möglichen Einflußfaktoren auf die Entwicklung des Einkommensquotienten aufgezeigt worden sind, soll am Schluß der Einleitung kurz auf das Problem eingegangen werden, ob es überhaupt sinnvoll sein kann, die Lohnquote und den Einkommensquotienten als Richtgrößen bei Auseinandersetzungen über die Einkommensverteilung zu gebrauchen.

Abgesehen von der oben schon erwähnten beschränkten Aussagefähigkeit des Begriffes "Lohnquote" und der nur etwas größeren Aussagefähigkeit des Begriffes "Einkommensquotient", sprechen gegen die Verwendung dieser Begriffe als Richtgröße bei Auseinandersetzungen über die Einkommensverteilung noch andere Gründe.

Betrachtet man die Lohnquote im konjunkturellen Ablauf einer Volkswirtschaft[1], so kann man feststellen, daß in der Regel die Lohnquote im Aufschwung niedriger ist als beim unteren Wendepunkt[2]. Dies bedeutet, daß im Aufschwung der Zähler der Lohnquote - das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (L) - geringer ansteigt als der Nenner - das Volkseinkommen (Y). So war die Lohnquote in der BRD in der Rezession im Jahre 1967 höher als im folgenden Aufschwung in den Jahren 1968 und 1969[3].
Die relativ hohe Lohnquote des Rezessionsjahres 1967 wurde von einer höheren Arbeitslosigkeit begleitet als die der nachfolgenden Aufschwungsjahre. Wegen des möglichen Zusammentreffens von hoher Lohnquote und höherer Arbeitslosigkeit ist die alleinige Betrachtung der Lohnquote als Richtgröße für die Einkommenssituation der Unselbständigen ungeeignet[4].

---

1) Die folgenden Ausführungen gelten auch für die Entwicklung des Einkommensquotienten.

2) Siehe hierzu u.a. Liefmann-Keil, C., "Ökonomische Theorie der Sozialpolitik", Berlin, Göttingen, Heidelberg 1961, S.285 und Preiser, E., "Grundzüge der Konjunkturtheorie", Tübingen 1933, S.93 ff.

3) Im Jahre 1967 betrug die Lohnquote (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in v.H. des Volkseinkommens) 66,1%, 1968 dagegen 64,1% und 1969, wo das Arbeitseinkommen wieder stärker gestiegen ist als das Volkseinkommen, 65,4%. Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1970, S.74, Tab. 21.

4) Trotz dieser Zusammenhänge wurde gerade in jüngster Zeit wieder eine Erhöhung der Lohnquote gefordert. Siehe hierzu das Interview mit H. Markmann, in: Wirtschaftswoche/ Der Volkswirt, Nr. 14, 1971, S.20.

Abgesehen von dieser Unzulänglichkeit des Begriffs "Lohnquote" als Richtgröße bleibt noch ein anderer genereller Einwand bestehen.

Es genügt nicht - wie es oben getan wurde - bei der Beurteilung des Einkommensanteils einer Gruppe nur die Anzahl der Gruppenmitglieder zu berücksichtigen, sondern für genauere Aussagen über die Einkommensverteilung ist es erforderlich, auch die Arbeitszeit der Gruppenmitglieder zu berücksichtigen.

In diesem Fall wird das gesamte Arbeitseinkommen der Unselbständigen (L) nicht allein durch die Anzahl der Unselbständigen (A) dividiert, sondern durch die Anzahl der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden (A·Za). Ebenso wird das Volkseinkommen (Y) nicht allein durch die Anzahl der Erwerbstätigen (B) dividiert, sondern durch die Anzahl der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden (B·Zb). Dieser so ermittelte Einkommensquotient II $(\frac{L}{A \cdot Za} : \frac{Y}{B \cdot Zb})$ kann in dem zu untersuchenden Zeitraum wegen der Berücksichtigung der Arbeitszeit eine ganz andere Entwicklung durchgemacht haben als der bisher benutzte Einkommensquotient I $(\frac{L}{A} : \frac{Y}{B} = \frac{w}{Y/B})$.

Während der bisher betrachtete Einkommensquotient I $(\frac{w}{Y/B})$ von 1950 bis 1960 tendenziell gesunken ist, kann der andere Einkommensquotient II $(\frac{L}{A \cdot Za} : \frac{Y}{B \cdot Zb})$ sogar gestiegen sein und zwar dann, wenn die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden der Unselbständigen (A·Za) bei vollem Lohnausgleich relativ weniger stark

angestiegen ist als die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen (B.Zb); d.h. der Quotient $\frac{A \cdot Za}{B \cdot Zb}$ ist gesunken. Bei steigender Arbeitnehmerquote (A/B) kann dieser Quotient nur dann sinken, wenn die Arbeitszeit je Unselbständigen (Za) bezogen auf die Arbeitszeit je Erwerbstätigen (Zb) relativ stärker gesunken ist, als die Arbeitnehmerquote (A/B) gestiegen ist.

Es besteht die Vermutung, daß die Arbeitszeit je Unselbständigen (Za) gegenüber der Arbeitszeit je Erwerbstätigen (Zb) zurückgegangen ist, da die Arbeitszeit je Unselbständigen eher gesunken ist als die je Selbständigen. Trotzdem läßt sich keine Bestätigung dafür finden, daß der Anteil der geleisteten Arbeitsstunden der Unselbständigen (A . Za) an der Arbeitszeit aller Erwerbstätigen (B . Zb) rückläufig war[1].

---

1) Während in der ersten Hälfte des zu betrachtenden Jahrzehnts von einer Arbeitszeitverkürzung der Unselbständigen kaum die Rede sein kann und damit bei steigender Arbeitnehmerquote auch kein Sinken des Quotienten A . Za : B . Zb möglich ist, kann dies eher für die zweite Hälfte des Jahrzehnts in Frage kommen, da hier einerseits die Arbeitnehmerquote nicht so stark gestiegen ist und andererseits die Arbeitszeitverkürzung wohl eher von Bedeutung sein könnte. Bei der Betrachtung des Zahlenmaterials über die Arbeitszeit läßt sich dies allerdings selbst für die letzten drei Jahre des zu betrachtenden Jahrzehnts nicht bestätigen (mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft).

(Forts. S.26)

Es kommt damit auch zu einem Sinken des Einkommensquotienten, wenn die Arbeitszeit der Unselbständigen und der aller Erwerbstätigen berücksichtigt wird (Einkommensquotient II). Tatsächlich allerdings ist der Einkommensquotient II weniger stark gesunken als der Einkommensquotient I - zumindest in den letzten Jahren des zu betrachtenden Zeitraumes -, da der Anteil der Arbeitszeit der Unselbständigen (A · Za) an der Gesamtarbeitszeit (B · Zb) etwas gestiegen ist, und zwar geringer als die Arbeitnehmerquote (A/B) [1].

Trotz all dieser Gründe, die gegen die Verwendung der Begriffe "Lohnquote" und "Einkommensquotient" als Indikator für die Einkommensverteilung sprechen, kann das Bemühen, die Entwicklung der Lohnquote in der Vergangenheit zu erklären, doch nicht überflüssig sein, solange diese Begriffe in der verteilungspolitischen Diskussion auftauchen.

Forts. Anm. 1) S. 25

	1958	1959	1960
	A · Za : B · Zb		
Produzierendes Gewerbe	0,896	0,90	0,902
Handel u. Verkehr	0,739	0,742	0,756
Öffentl. Dienst Dienstleistungen	0,825	0,825	0,829
Land- u. Forstwirtsch.	0,15	0,143	0,141

Siehe hierzu Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1961, Tab. 6, S.145 und Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1962, Tab. 6, S.146. (Ergebnisse des Mikrozensus. Erhoben im Oktober des jeweiligen Jahres).

---

1) So stieg die gesamtwirtschaftliche Arbeitnehmerquote von 75,4% im Jahre 1958 auf 77,46% im Jahre 1960. Siehe hierzu Tabelle 2 auf S.12 dieser Arbeit.

2. Statistische Untersuchung

2.1 Die statistische Erfassung der Lohnquote

Die Lohnquote ist eine Gliederungszahl, d.h. eine bestimmte Teilmasse (das Arbeitseinkommen) wird auf eine Gesamtmasse bezogen (das Gesamteinkommen). Deshalb hängt die Aussagefähigkeit des Begriffs "Lohnquote" von der Abgrenzung des Zählers und des Nenners der Lohnquote ab. Je nach dieser Abgrenzung des Arbeitseinkommens und des Gesamteinkommens erhält man quantitativ und qualitativ unterschiedliche Lohnquoten.

Die Wahl der jeweiligen Größe für den Zähler und Nennner der Lohnquote hängt von dem Blickwinkel des Betrachters ab. So kann das Arbeitseinkommen von einem Lohnempfänger unter zwei Aspekten gesehen werden. "Sieht er es als Entgelt für seine Teilnahme am gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß an, so wird der Einkommensentstehungsgesichtspunkt betont, sieht er es hingegen als ein Mittel an, um Nachfrage zu entfalten, so steht der Einkommensverwendungsaspekt im Vordergrund." [1)]
Die im bisherigen Verlauf der Arbeit betrachtete Lohnquote betont den Einkommensentstehungsgesichtspunkt, d.h. sie gibt die Verteilungssituation vor den distributiven Eingriffen des Staates an. Der Einkommensentstehungsgesichtspunkt wird bei der bisher verwandten Lohnquote deshalb betont, weil als Annäherung an die Entlohnung des Faktors Arbeit das Bruttoeinkommen der Un-

---

1) Klemmer, P., "Wichtige Erscheinungsformen der Lohnquote", Berlin 1967, S.21.

selbständigen im Zähler der Lohnquote steht[1].

Im Nenner der bisher angegebenen Lohnquote steht ebenfalls eine Größe (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten), die den Einkommensentstehungsgesichtspunkt betont, denn das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) ist die Summe aller Bruttovergütungen der am Produktionsprozeß beteiligten Produktionsfaktoren[2].

Soll die Entwicklung der Komponenten der bisher benutzten Lohnquote untersucht werden, so muß die Veränderung des Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen (L/A = w), die Veränderung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen (Y/B) und die Entwicklung der Arbeitnehmerquote (A/B) betrachtet werden.

---

1) Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit kann deswegen nur eine Annäherung an die Entlohnung des Faktors Arbeit sein, weil nicht berücksichtigt wird, daß auch die Selbständigen spezifische Arbeitsleistungen erbringen, deren Vergütung auch zum Arbeitseinkommen zählen müßte. Krelle, W., "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft", a.a.O., S.77, versucht, dies zu berücksichtigen, indem er von der Annahme ausgeht, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Selbständigen dem der Unselbständigen entspricht.

2) Siehe hierzu Fürst, G., Diskussionsbeitrag, in: "Lohnpolitik und Vermögensbildung", Hrsg. E. Stiller, Basel/Tübingen 1964, S.26.

2.2 Die Veränderung der Arbeitnehmerquote

22.1 Die gesamtwirtschaftliche und die sektoralen Arbeitnehmerquoten[1)]

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitnehmerquote stieg von 68,52% im Jahre 1950 auf 73,86% im Jahre 1955 und erreichte 77,46% im Jahre 1960. Der Anstieg der Arbeitnehmerquote war in dem Zeitraum von 1950 bis 1955 höher (+7,79%) als in dem Zeitraum von 1955 bis 1960 (+4,87%). Obwohl die gesamtwirtschaftliche Arbeitnehmerquote von 1950 bis 1960 zugenommen hat, haben nicht alle Wirtschaftsbereiche zu dieser Entwicklung beigetragen. So war die Arbeitnehmerquote im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei im gesamten Zeitraum rückläufig.
Zu der relativ starken Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Arbeitnehmerquote im Zeitraum von 1950 bis 1955 hat vor allem die Entwicklung der Arbeitnehmerquoten im Sektor Handel und Verkehr (+7,45%) und im Sektor Produzierendes Gewerbe (+3,07%) beigetragen. Deren Arbeitnehmerquoten lagen in diesem Zeitraum immer über der gesamtwirtschaftlichen Arbeitnehmerquote.

22.2 Der rechnerische Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote auf die Entwicklung der Lohnquote

Da die Lohnquote ($L/Y = A/B \cdot \frac{w}{Y/B}$) das Produkt aus Arbeitnehmerquote (A/B) und Einkommensquotient ($\frac{w}{Y/B}$) ist, hätte die steigende Arbeit-

---

1) Siehe hierzu Tabelle 3 auf S.30 dieser Arbeit.

Tabelle 3 [1]

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf[2]

Stellung im Beruf		1950	1955	1960	1950-1955	1955-1960
					in %	
Land- u. Forstwirtsch. Tierhaltung u. Fischerei						
Erwerbstätige (B)	in 1000	5020	4285	3623		
Selbständ. u. mithelf. Fam.-Angehörige (B-A)	in 1000	4021	3545	3090		
Abhängige (A)	in 1000	999	740	533		
Arbeitnehmerquote (A/B)	in %	19,9	17,2	14,6	-13,5	-15,1
Produzierendes Gewerbe						
B	in 1000	8689	10824	12518		
B-A	in 1000	1057	1027	1056		
A	in 1000	7632	9727	11462		
A/B	in %	87,8	90,5	91,5	+ 3,07	+ 1,14
Handel und Verkehr						
B	in 1000	2918	3702	4515		
B-A	in 1000	843	872	1048		
A	in 1000	2075	2830	3467		
A/B	in %	71,1	76,4	76,5	+ 7,45	+ 0,13
Sonstige Wirtschafts-bereiche (Dienstleistungen)						
B	in 1000	3749	4419	5591		
B-A	in 1000	492	626	722		
A	in 1000	3257	3793	4869		
A/B	in %	86,8	85,8	87,0	- 0,11	+ 1,39
Alle Wirtschaftsbereiche						
B	in 1000	20376	23230	26247		
B-A	in 1000	6413	6070	5916		
A	in 1000	13963	17160	20331		
A/B	in %	68,52	73,86	77,46	+ 7,79	+ 4,87

1) Siehe hierzu Statistisches Jahrbuch für die BRD 1966, S.148.
2) Bundesgebiet einschl. Saarland. Bis 1956 ohne Berlin.

nehmerquote bei konstantem Einkommensquotienten zu einem relativ gleich starken Anstieg der Lohnquote führen müssen. Während die Arbeitnehmerquote von 1950 bis 1960 um 13,4% gestiegen ist, nahm die Lohnqzote nur um 3,7% zu[1]. Bei konstantem Einkommensquotienten hätte die Lohnquote aber ebenfalls um 13,4% steigen müssen. Da dies offensichtlich nicht der Fall war, muß der Einkommensquotient in diesem Zeitraum gesunken sein. Wenn das Sinken des Einkommensquotienten durch die steigende Arbeitnehmerquote selber hervorgerufen wird, d.h. wenn ein irgendwie gearteter Zusammenhang zwischen steigender Arbeitnehmerquote und sinkendem Einkommensquotienten besteht, so ist die Ermittlung eines rechnerischen Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote nicht mehr möglich. Aussagen über den Anstieg der Lohnquote auf Grund des rechnerischen Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote[2] sind nur dann möglich, wenn zwischen Einkommensquotient und Arbeitnehmerquote kein Zusammenhang besteht, oder aber wenn dieser Zusammenhang genau angegeben werden kann.

Es soll damit nicht bestritten werden, daß der Anstieg der Arbeitnehmerquote lohnquotensteigernd gewirkt hat, aber es sollte nicht übersehen werden, daß zwischen steigender Arbeitnehmerquote und sinkendem Einkommensquotienten eine Interdependenz bestehen kann, welche noch genauer zu untersuchen wäre.

---

1) Siehe hierzu Tab.2 auf S.12 dieser Arbeit.

2) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965 Ziff. 91, S.55 und S.11 dieser Arbeit.

Den Anstieg der Lohnquote aber ausschließlich der Zunahme der Arbeitnehmerquote zuzuschreiben[1] ist nicht korrekt. Der Anstieg der Lohnquote war ja auch - wie noch ausführlicher gezeigt wird - strukturbedingt.

22.3 Kritik an der Ermittlung des rechnerischen Einflusses der Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote

Will man die Entwicklung einer Globalgröße wie die der Lohnquote an Hand der Veränderungen ihrer Komponenten erklären, so muß man die Globalgröße in solche Komponenten zerlegen, die exogen, d.h. unabhängig voneinander[2], sind. "Es war das Ziel, solche Bestimmungsgründe einzuführen, in denen möglichst viele exogene Einflüsse zur Geltung kommen. Soweit Veränderungen dieser exogenen Faktoren ihrerseits keine nennenswerte Weiterwirkung auf andere Größen des Modells auslösen, kann man die Auswirkung dieser Größen auf die Höhe der Lohnquote mit Hilfe der ceteris-paribus-Klausel bestimmen"[3].

Bei der Ermittlung des rechnerischen Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote wird unterstellt, daß

1. die Entwicklung der Arbeitnehmerquote unabhängig von der Veränderung des Einkommensquotienten erfolgt, und daß
2. der Einkommensquotient bei steigender Arbeitnehmerquote konstant bleibt.

---

1) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965 Ziff. 91, S.55 und S.11 dieser Arbeit.

2) Siehe hierzu Müller, J.J., "Determinanten der Lohnquote", in: Z.f.d. ges. Staatsw. Bd. 119/ 1963, S.300 f.

3) Müller, J.H., a.a.O., S.309.

Für die Prüfung beider Voraussetzungen ist es wichtig zu wissen, wie es zu einer Zunahme der Arbeitnehmerquote kommen kann.
Ein Anstieg der Arbeitnehmerquote kann auf zweierlei Arten erfolgen; zum einen kann ein Teil der Selbständigen unselbständig werden,und zum anderen können die zusätzlich in den Erwerbsprozeß eintretenden Erwerbspersonen in größerer Zahl unselbständig sein als die durchschnittliche Arbeitnehmerquote angibt. In dem Zeitraum von 1950 bis 1960 haben beide Möglichkeiten zu der Zunahme der Arbeitnehmerquote beigetragen.
Aus der Betrachtung des Zahlenmaterials über die Erwerbstätigkeit (siehe Tab. 3 auf S.30) kann man allerdings nicht genau ermitteln, welche Bedeutung jeweils die eine oder andere der beiden Möglichkeiten bei der Zunahme der Arbeitnehmerquote hatte. Zwar war die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 rückläufig, aber es kann nicht genau gesagt werden, ob die Personen, die die Position der Selbständigkeit aufgaben, ganz aus dem Erwerbsleben ausschieden oder unselbständig wurden. Die Bedeutung der neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen ist für den Anstieg der Arbeitnehmerquote wahrscheinlich größer als der Übergang der Selbständigen zur Unselbständigkeit. Die Zunahme der Unselbständigen schließlich war erheblich größer als die Abnahme der Selbständigen.

Eine Trennung der beiden möglichen Arten des Anstiegs der Arbeitnehmerquote ist für eine Prüfung der Unabhängigkeit des Arbeitnehmer-

quotenanstiegs von Veränderungen der Komponenten des Einkommensquotienten (w,Y/B) unbedingt notwendig.

Obwohl der Übergang von Selbständigen in eine Position der Abhängigkeit auf mehreren Motiven beruhen kann, wie z.B. Risikominderung und Arbeitszeitverkürzung, kann der Wechsel auch auf einer relativ besseren Verdienstmöglichkeit in der Position der Unselbständigkeit beruhen. Relativ deswegen, weil das durchschnittliche Einkommen in der neuen Position absolut gesehen nicht höher zu sein braucht, aber bezogen auf die möglicherweise geringere Arbeitszeit und auf das verminderte Risiko höher ist als in der Position der Selbständigkeit.

Im Gegensatz dazu kann der bedeutungsvollere Einfluß auf den Anstieg der Arbeitnehmerquote durch die neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen - besonders in der ersten Hälfte des zu betrachtenden Jahrzehnts - unabhängig von der Einkommenssituation angesehen werden. In diesem Zeitraum resultierte die Zunahme der Arbeitnehmerquote in erster Linie aus der Eingliederung von Flüchtlingen und Arbeitslosen als Unselbständige in den Erwerbsprozeß. Dieser Personenkreis wurde nicht deshalb abhängig erwerbstätig, weil das Einkommen je Unselbständigen stieg, sondern sie waren darauf angewiesen, Arbeit zu finden und damit eine Verdienstmöglichkeit zu erhalten.

In der zweiten Hälfte des zu betrachtenden Zeitraums kamen verstärkt Faktoren hinzu, die die Entwicklung der Arbeitnehmerquote von der Veränderung des Durchschnittseinkommens je Unselbständigen (w) nicht mehr als ganz so unabhängig erscheinen lassen. Hier wäre der beginnende

und am Anfang noch relativ unbedeutende Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern zu erwähnen, die gerade wegen der steigenden Verdienstmöglichkeiten im Inland erwerbstätig wurden[1].

Während die Entwicklung der Arbeitnehmerquote insbesondere in der ersten Hälfte des zu betrachtenden Zeitraums noch als unabhängig von der Veränderung der Komponenten des Einkommensquotienten angesehen werden kann, kann umgekehrt die Entwicklung des Einommensquotienten nicht unabhängig von der steigenden Arbeitnehmerquote gesehen werden.
Der Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$ bleibt bei steigender Arbeitnehmerquote nämlich nur dann konstant, wenn das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen dem Durchschnittseinkommen der bisherigen Unselbständigen entspricht und außerdem das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen unverändert bleibt. Oder allgemeiner, wenn der Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote - sei er positiv oder negativ - auf den Nenner (Y/B) und Zähler (w) des Einkommensquotienten relativ gleich stark ist.

Die Intensität des Einflusses hängt daher ab von der Art und Weise wie die Arbeitnehmerquote steigt.

Geschieht dies durch den Übergang von Selbständigen in die Position der Unselbständigkeit, so ist es wahrscheinlicher, daß das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen ebenso wie das Volkseinkommen (Y) bei gleicher Anzahl von Erwerbstätigen (B) unverändert bleibt.

---

1) Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965 Tab. 100 S.239.

Das neue und alte Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen und der vorherigen Selbständigen hat sich also durch den Statuswechsel nicht verändert und entspricht dem Durchschnittseinkommen der alten Unselbständigen.
Steigt die Arbeitnehmerquote dagegen durch die neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen sinkt. Das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen liegt nämlich niedriger als das alte Durchschnittseinkommen der Unselbständigen. Das wirkt natürlich ebenfalls mindernd auf das Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen. Bei dieser Art des Anstiegs der Arbeitnehmerquote anzunehmen, daß der Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$ unverändert bleibt, ist unrealistisch. Nimmt man daher an, daß zum einen das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen (w') niedriger ist als das der bisherigen Unselbständigen (w), und daß zum anderen das Volkseinkommen (Y) um das Einkommen der neuen Unselbständigen ($A \cdot w'$) steigt, so wird der Einkommensquotient steigen, und zwar immer dann, wenn das Volkseinkommen sich genau um das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen erhöht, wobei der Anstieg des Einkommensquotienten unabhängig von der jeweiligen Höhe des Durchschnittseinkommens ist[1].

---

1) Ist $\frac{w \cdot A}{\frac{A}{Y/B}} = \frac{w}{Y/B} < 0$ und $\frac{\frac{\Delta A \cdot w'}{\Delta A}}{\frac{\Delta A \cdot w'}{\Delta A}} = 1$

so ist $\frac{\frac{w \cdot A + \Delta A \cdot w'}{A + \Delta A}}{\frac{Y + \Delta A \cdot w'}{B + \Delta A}} > \frac{w \cdot A}{\frac{A}{Y/B}} = \frac{w}{Y/B}$

Für eine Bestimmung des tatsächlichen Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote auf den Einkommensquotienten ist es erforderlich zu wissen, auf welche Weise die Arbeitnehmerquote gestiegen ist, wie sich dadurch das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen[1] und das aller Erwerbstätigen verändert hat.

Die Ermittlung eines rechnerischen Einflusses der steigenden Arbeitnehmerquote auf die Lohnquote ist erst dann möglich, wenn der offensichtlich vorhandene Zusammenhang zwischen der Veränderung der Arbeitnehmerquote und der Entwicklung des Einkommensquotienten genau angegeben werden kann.

2.3 Die Entwicklung des Einkommensquotienten $(\frac{w}{Y/B})$

23.1 Die Entwicklung der sektoralen Einkommensquotienten[2]

Die Veränderung des Einkommensquotienten ergibt sich aus einer Veränderung des Durchschnittseinkommens der Unselbständigen (w) und der Veränderung des Durchschnittseinkommens aller Erwerbstä-

---

1) Siehe hierzu Kromphardt, J., "Strukturwandel und Einkommensverteilung", Tübingen 1969, S.165.

2) Siehe hierzu Tabelle 4 auf S.39.

tigen (Y/B).

In der gesamten Volkswirtschaft haben beide Komponenten des Einkommensquotienten zugenommen, wobei die Zunahme des Durchschnittseinkommens aller Erwerbstätigen in dem Zeitraum von 1950-1960 relativ stärker war als die Zunahme des Durchschnittseinkommens der Unselbständigen. Der gesamtwirtschaftliche Einkommensquotient sank von 0,8576 im Jahre 1950 auf 0,7865 im Jahre 1960[1].
Während die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Einkommensquotienten in dem zu betrachtenden Zeitraum rückläufig war, kann man dies nicht von allen sektoralen Einkommensquotienten behaupten. So ist für den Zeitraum von 1950-1963 ein Rückgang des Einkommensquotienten festzustellen in den Sektoren Bergbau und Energiewirtschaft, Baugewerbe und beim Sektor Staat. Eine relativ starke Erhöhung des Einkommensquotienten ist dagegen zu verzeichnen im Sektor Land- und Forstwirtschaft, im Sektor Handel und bei den Banken und Versicherungen.

23.2 Die Ermittlung des Einflusses der Strukturveränderungen auf die Entwicklung der Lohnquote

Multipliziert man die sektoralen Einkommensquotienten eines Jahres mit den betreffenden sektoralen Arbeitnehmerquoten, so erhält man die sektoralen Lohnquoten[2].

---

1) Siehe hierzu Tabelle 6 auf S.42a dieser Arbeit.
2) Siehe hierzu Tabelle 5 auf S.41 dieser Arbeit.

Tabelle 4

Die Veränderung des Verhältnisses von durchschnittlichem Arbeitnehmereinkommen zu Durchschnittseinkommen aller Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen in den Jahren 1950 bis 1963 1).

Wirtschaftsbereiche	(1) Wertschöpfung je Beschäftigten (Y/B)			(2) Lohn- u. Gehaltseinkommen je Arbeitnehmer (w)			(2):(1) $\frac{w}{Y/B}$		
	in DM/ Jahr		1950 =100	in DM/ Jahr		1950 =100	in %		1950 =100
	1950	1963		1950	1963		1950	1963	
Land- u. Forstwirtschaft	1782	5381	302	1762	6629	376	99	123	124
Bergbau u. Energiewirtschaft	4876	15371	315	4271	10488	246	88	68	77
Verarbeitendes Gewerbe	4157	11045	266	3187	8701	273	77	79	103
Baugewerbe	3430	11075	321	3247	9426	290	95	85	89
Handel	5053	10135	201	2866	7372	257	57	73	128
Banken u. Versicherungen	10707	20138	188	3923	9457	241	37	47	127
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	4479	11224	251	3574	9228	258	80	82	103
Staat	4656	11615	249	4571	10739	235	98	92	94
Dienstleistungen einschl. sonst. Wirtschaftsber.	3730	12158	326	2190	7371	337	59	61	103

1) Entnommen bei Schmidt, K.D., Schwarz, U. und Thiebach, G., a.a.O., S.91.

Im Jahre 1950 lagen die Lohnquoten im Sektor Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe und im Baugewerbe über der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote[1], weil entweder die sektoralen Arbeitnehmerquoten oder die sektoralen Einkommensquotienten oder aber beide Quotienten über der betreffenden gesamtwirtschaftlichen Größe lagen.
Werden die sektoralen Lohnquoten mit dem jeweiligen Anteil des Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Y_i/Y) des Jahres 1950 gewichtet und diese bewerteten Lohnquoten addiert, so bekommt man die gesamtwirtschaftliche Lohnquote des Jahres 1950[2].
Werden die sektoralen Arbeitnehmerquoten und die sektoralen Einkommensquotienten in dem zu betrachtenden Zeitraum konstant gehalten, und verändern sich in diesem Zeitraum die sektoralen Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Y_i/Y), so ist die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote dem Einfluß der Strukturveränderungen zuzuschreiben.
In dem Zeitraum von 1950-1960 haben die Strukturveränderungen die gesamtwirtschaftliche Lohnquote erhöht, da einerseits die Anteile an der Wertschöpfung in den Bereichen mit überdurchschnittlicher Lohnquote (Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) zugenommen haben und andererseits die Anteile in den Bereichen mit unterdurchschnittlicher Lohnquote (Landwirtschaft, Handel) abgenommen haben.

---

1) Siehe hierzu Tabelle 5 auf S.41 dieser Arbeit.
2) Siehe hierzu Gleichung 7 auf S.19 dieser Arbeit.

Tabelle 5 [1]

Lohnquote nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Jahre 1950 und die Veränderung der Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtwertschöpfung in dem Zeitraum von 1950 bis 1960.

	Arbeitnehmerquote (A/B)	Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$	Lohnquote $\frac{L}{Y} = A/B \cdot \frac{w}{Y/B}$	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Y_i/Y) in %	
				1950	1960
Land- u. Forstwirtschaft	0,199	0,99	0,187	12,0	7,2
Bergbau u. Energiewirtschaft	0,999	0,88	0,879	4,8	4,8
Verarbeitendes Gewerbe	0,867	0,77	0,667	36,0	39,1
Baugewerbe	0,869	0,95	0,826	5,8	7,5
Handel	0,571	0,57	0,325	12,9	12,2
Alle Wirtschaftsbereiche	0,685	0,87	0,568	100	100

1) Quelle: Wirtschaft und Statistik (Hrsg.: Statistisches Bundesamt) Jan. 1964, S.9 ff. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1965, S.553 f. und Tabelle 4 auf S.39 dieser Arbeit.

Die Zunahme der Lohnquote in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 allein der steigenden Arbeitnehmerquote zuzuschreiben, ist daher nicht richtig.

Welchen Einfluß die Strukturveränderungen auf den gesamtwirtschaftlichen Einkommensquotienten, d.h. auf die Summe der mit den sektoralen Anteilen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gewichteten sektoralen Einkommensquotienten gehabt haben, ist nicht genau ersichtlich.

So wurde der gesamtwirtschaftliche Einkommensquotient durch den rückläufigen Anteil der Land- und Forstwirtschaft vermindert, weil deren Einkommensquotient 1950 über dem gesamtwirtschaftlichen Einkommensquotienten lag. Einen erhöhenden Einfluß hatte der zunehmende Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung im Baugewerbe, da hier ebenfalls der Einkommensquotient über dem gesamtwirtschaftlichen Einkommensquotienten lag.
Eine Zunahme des Anteils an der Wertschöpfung im Sektor Verarbeitendes Gewerbe wirkte bei dort unterdurchschnittlichen Einkommensquotienten senkend, während bei ebenfalls unterdurchschnittlichem Einkommensquotienten der rückläufige Anteil im Handel steigernd wirkte.

23.3 Die Gegenüberstellung der Entwicklung von Einkommensquotient ($\frac{w}{Y/B}$) und Arbeitnehmerquote (A/B) [1].

Der Einkommensquotient sank jeweils gegenüber dem Vorjahr in den Jahren 1951,1952,1954,1955

1) Siehe hierzu Tab. 6 auf S.42a dieser Arbeit.

Tabelle 6 [1]

Die Veränderung des Einkommensquotienten $(\frac{w}{Y/B})$ und der Arbeitnehmerquote (A/B)

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit je Unselbständigen (w) in DM	Volkseinkommen je Erwerbstätigen (Y/B) in DM	Einkommensquotient $(\frac{w}{Y/B})$	Veränderung des Einkomm.-quotient. gegenüber Vorjahr (in %)	Arbeitnehmerquote (A/B)	Veränderung der Arbeitnehmerquote gegenüber Vorjahr (in %)
1950	3223	3758	0,8576	-	0,6838	-
1951	3740	4439	0,8425	-1,7	0,6962	+1,8
1952	4040	4963	0,8140	-3,4	0,7056	+1,4
1953	4286	5234	0,8189	+0,6	0,7162	+1,5
1954	4501	5505	0,8176	-0,16	0,7260	+1,3
1955	4866	6109	0,7965	-2,6	0,7376	+1,6
1956	5252	6587	0,7973	+0,1	0,7460	+1,2
1957	5578	7021	0,7945	-0,35	0,7518	+0,77
1958	5975	7450	0,8020	+0,94	0,7543	+0,33
1959	6278	7926	0,7921	-1,2	0,7605	+0,82
1960	6844	8702	0,7865	-0,71	0,7702	+1,3

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1966, S.544, 1960 S.142. Wirtschaft und Statistik 1960, Heft 1, S.30, 1961 Heft 1, S.30. Dasdas Volkseinkommen und das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bis 1960 ohne Saarland und Berlin angegeben wurden, ist bei den Angaben über die Erwerbstätigkeit auch nur dieses Gebiet berücksichtigt.

1957,1959 und 1960, wobei der Einkommensquotient besonders in den Jahren 1951,1952 1955 und 1969 stark gesunken ist. Teilt man das zu betrachtende Jahrzehnt in zwei Hälften, so ist ersichtlich, daß die negative Entwicklung des Einkommensquotienten von 1951 bis 1955 stärker war als die in den nachfolgenden Jahren. Da aber gerade in dem Zeitraum von 1951 bis 1955 auch die Arbeitnehmerquote stärker gestiegen ist als in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, ist die Vermutung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Entwicklung der Arbeitnehmerquote selber zu der Veränderung des Einkommensquotienten beigetragen hat.

3. Der Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote auf den Einkommensquotienten

Da in dem Zeitraum von 1950 bis einschließlich 1955 einer relativ stark steigenden Arbeitnehmerquote ein relativ stark sinkender Einkommensquotient gegenübersteht, soll untersucht werden,

1. ob und wie die steigende Arbeitnehmerquote zu einem Sinken des Einkommensquotienten beitragen kann, und

2. ob dieser Einfluß ausreicht, das tatsächlich beobachtete Sinken des Einkommensquotienten in diesem Zeitraum zu erklären[1].

Ein Sinken des Einkommensquotienten $(\frac{w}{Y/B})$ kann dadurch eintreten, daß das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen (w) nicht im gleichen relativen Ausmaß ansteigt wie das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen (Y/B = Erwerbstätigenproduktivität). Ist der Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote auf beide Komponenten des Einkommensquotienten negativ, so wird der Einkommensquotient nur dann sinken, wenn der negative Einfluß auf den Zähler stärker ist als der negative Einfluß auf den Nenner des Quotienten.

---

1) Wenn Stobbe, A., "Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung", Tübingen 1962, S.37 meint, daß die Zunahme der Arbeitnehmerquote keinen bedeutenden Einfluß auf die Lohnquote gehabt haben kann, weil diese nicht so stark gestiegen ist, so kann das natürlich daran liegen, daß die wachsende Arbeitnehmerquote einen negativen Einfluß auf den Einkommensquotienten ausgeübt hat.

Für eine Untersuchung des Einflusses einer steigenden Arbeitnehmerquote auf den Einkommensquotienten ist es daher erforderlich zu wissen:

1. Welchen Einfluß könnte die steigende Arbeitnehmerquote auf den Durchschnittsverdienst der Unselbständigen haben, und

2. welchen Einfluß könnte sie auf das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen (Erwerbstätigenproduktivität) haben?

3.1 Die verschiedenen Arten der Zunahme der Arbeitnehmerquote und die Darstellung des Ausgangsmodells

Wie schon oben erwähnt, ist die Art der Zunahme der Arbeitnehmerquote für die Bestimmung des Einflusses auf den Einkommensquotienten nicht gleichgültig[1)].

Die Zunahme der Arbeitnehmerquote kann dadurch erfolgen, daß

1. Selbständige unselbständig werden oder ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden, so daß entweder der Zähler (A) der Arbeitnehmerquote (A/B) bei konstantem Nenner (B) steigt oder der Nenner bei konstantem Zähler sinkt, und daß

2. Zähler und Nenner steigen, wobei der Zähler relativ stärker steigt als der Nenner, d.h. Erwerbstätige, die neu in den Erwerbsprozeß eintreten, werden in einem größeren Ausmaß unselbständig, als es die durchschnittliche Arbeitnehmerquote anzeigt.

---

1) Siehe hierzu S.35 dieser Arbeit.

Obwohl es sein kann, daß in beiden Fällen die Arbeitnehmerquote relativ gleich stark ansteigt, kann der Einfluß, der davon auf den Einkommensquotienten ausgeht, quantitativ unterschiedlich sein.
Selbständige werden in der Regel ihren Status nur dann aufgeben, wenn das Einkommen, welches sie als Unselbständige bekommen würden, nicht wesentlich unter ihrem bisherigen Einkommen liegt. Es kann allerdings trotzdem unter dem Durchschnittseinkommen der Unselbständigen liegen.

Anders sieht es aus, wenn Personen neu in den Erwerbsprozeß als Unselbständige eintreten. Bei ihnen ist es sehr wahrscheinlich, daß ihr durchschnittlicher Jahresverdienst unter dem bisherigen Durchschnittseinkommen der Unselbständigen liegen wird. Allerdings hängt der negative Einfluß, der von diesem Personenkreis auf das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen ausgeht, von der Zusammensetzung dieser Gruppe ab. In den ersten Jahren nach 1950 beruhte die steigende Zahl der Unselbständigen wohl in erster Linie auf der Eingliederung von Arbeitslosen und Flüchtlingen in den Erwerbsprozeß, während sich später der Akzent mehr auf den beginnenden ausländischen Arbeitnehmerstrom verschob.
Nimmt man an, daß die Arbeitslosen und Flüchtlinge über eine bessere Berufsausbildung verfügen als der zweite Personenkreis, so wird deren Durchschnittseinkommensniveau nicht so tief unter dem Durchschnittseinkommen der Unselbständigen liegen wie das der ausländischen Arbeitnehmer.

Ebenso wird auch der Einfluß auf die Erwerbstätigenproduktivität (Y/B) nicht nur zwischen den unselbständig gewordenen Selbständigen und den neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen unterschiedlich sein, sondern auch innerhalb beider Gruppen wird die Streuung der Intensität des Einflusses wegen der ungleichen beruflichen Qualifikation unterschiedlich sein. Verfügen die neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen über eine entsprechende Berufsausbildung, so wird deren möglicher negative Einfluß auf die Erwerbstätigenproduktivität nicht so groß sein als wenn sie keinerlei Berufserfahrung hätten.

Tabelle 7 [1) 2)]

Jahr	Abhängige A	Selbständige (+ mithelf. Familienangehörige) B-A	Insgesamt B	Arbeitnehmerquote A/B
	in Tausend			in %
1950	13675	6325	20000	68,38
1951	14286	6234	20520	69,62
1952	14754	6156	20910	70,56
1953	15344	6081	21425	71,62
1954	15968	6027	21995	72,60
1955	16840	5990	22080	73,76
1956	17463	5952	23435	74,60
1957	18020	5950	23970	75,18
1958	18240	5940	24180	75,43
1959	18610	5862	24472	76,05
1960	19200	5727	24927	77,02

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1960, S.142; Wirtschaft und Statistik 1960, Heft 1, S.30; 1961, Heft 1, S.30.

2) Bundesgebiet ohne Saarland und ohne West-Berlin.

Aus der Tabelle 7 auf S. 47 ist ersichtlich, daß in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 die Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg, da die Zahl der abhängig Erwerbstätigen erheblich stärker zugenommen hat als die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen abgenommen hat. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sank von 6,325 Mill. im Jahre 1950 auf 5,99 Mill. im Jahre 1955 und erreichte 5,727 Mill. im Jahre 1960.
Abgesehen davon, daß man auf Grund dieser Tabelle nicht angeben kann[1)], welcher Teil der ausgeschiedenen Selbständigen unselbständig geworden ist oder ganz aus dem Erwerbsleben ausschied, ist die Bedeutung dieser Art der Zunahme der Arbeitnehmerquote geringer als die Erhöhung der Arbeitnehmerquote durch die neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen.

In den nächsten Kapiteln soll nun die Bedeutung der beiden Anstiegsarten der Arbeitnehmerquote für das Sinken des Einkommensquotienten an Hand von einigen Beispielen dargestellt werden, wobei der Ausgangspunkt der Überlegungen folgendes Lohnquotenmodell sein soll:

1.	Anzahl der Unselbständigen (A)	= 60
2	Gesamtzahl der Beschäftigten (B)	= 100
3.	Anzahl der Selbständigen (B-A)	= 40
4.	Arbeitnehmerquote (A/B)	= 0,6
5.	Durchschnittsverdienst der Unselbständigen (w)	= 10

---

1) Siehe hierzu S.33 dieser Arbeit.

6.	Lohnsumme ($L = A \cdot w$)	= 600
7.	Volkseinkommen ($Y = B \cdot Y/B$	= 1500
8.	Erwerbstätigenproduktivität (Y/B)	= 15
9.	Einkommensquotient ($\frac{w}{Y/B} = \frac{10}{15}$)	= 0,66
10.	Gewinnsumme ($G = Y-L$)	= 900
11.	Durchschnittseinkommen der Selbständigen ($G/B-A = \frac{Y-L}{B-A}$	= 22,5
12.	Lohnquote ($L/Y = \frac{A}{B} \cdot \frac{w}{Y/B}$)	
	$= 0,6 \cdot 0,66$	= 0,4

3.2 Die Bedeutung des Wechsels von Selbständigen in eine Position der Unselbständigkeit für das Sinken des Einkommensquotienten

In diesem Fall wird das Steigen der Arbeitnehmerquote dadurch hervorgerufen, daß Selbständige unselbständig werden und somit die Gesamtzahl der Erwerbstätigen konstant bleibt.
Nimmt man an, daß die Zahl der Selbständigen um 10 Personen abnimmt, und die Zahl der Unselbständigen um diese 10 Personen zunimmt, so steigt bei konstanter Zahl der Erwerbstätigen die Arbeitnehmerquote von 0,6 auf 0,7:

$A_1 = 70$; $B-A_1 = 30$; $A_1/B = 0,7$

Entscheidend ist nun die Annahme über das bisherige und das neue Durchschnittseinkommen der zehn Personen, die vorher selbständig waren und jetzt in unselbständiger Position beschäftigt sind. Weiterhin ist für die Veränderung der Lohnquote wichtig zu wissen, ob mit dem Wechsel eine Veränderung der Erwerbstätigenproduktivität einhergeht oder nicht.

Zuerst soll angenommen werden, daß das alte und das neue Durchschnittseinkommen eines jeden Mitglieds dieser Gruppe unverändert bei 22,5 Einheiten (w_1) bleibt[1]. Ebenso soll am Anfang angenommen werden, daß die Erwerbstätigenproduktivität durch den Wechsel nicht beeinflußt wird, d.h. das Volkseinkommen bleibt in diesem Fall konstant. In weiteren Beispielen sollen dann diese Annahmen modifiziert werden.
Die Lohnquote erhält dann unter diesen Bedingungen folgenden Wert:

$$(9)\quad \frac{L_1}{Y_1} = \frac{A}{B} \cdot \frac{w}{Y_1/B} + \frac{\Delta A}{B} \cdot \frac{w_1}{Y_1/B} = 0{,}4 + \frac{225}{1500} = 0{,}55$$

Die Lohnquote steigt damit von 0,4 auf 0,55; das ist eine Wachstumsrate von 37,5%. Die Arbeitnehmerquote dagegen stieg von 0,6 auf 0,7; das ist eine Wachstumsrate von 16,7%. Da die Arbeitnehmerquote geringer ansteigt als die Lohnquote, muß die andere Komponente der Lohnquote, nämlich der Einkommensquotient, stärker gestiegen sein als die Lohnquote[2]. Hinsichtlich unseres Problems über den sinkenden Einkommensquotienten kann dieser Fall zur Lösung nicht beitragen, da tatsächlich genau der gegenteilige Effekt eingetreten ist.

Zur Erklärung eines Sinkens des Einkommensquotienten kann der Wechsel der Selbständigen

---

1) Wie schon erwähnt (S.34), können die Motive für das Verlassen der Position der Selbständigkeit bei unverändertem Einkommen in der geringeren Arbeitszeit und im verminderten Risiko liegen.

2) Siehe hierzu Gleichung 5 auf S.10 dieser Arbeit.

zur Unselbständigkeit nur dann beitragen, wenn man die jeweiligen Durchschnittseinkommen der Mitglieder beider Gruppen näher aufschlüsselt, denn der Begriff "Durchschnittseinkommen" sagt nichts über die Streuung der Einkommen in beiden Kategorien aus. Nehmen wir an, das gesamte Gewinneinkommen von 900 Einheiten wird erzielt von 10 Personen mit einem Durchschnittseinkommen von 15 Einheiten und von 30 Personen, die ein Durchschnittseinkommen von 25 Einheiten haben. Das bisherigen Durchschnittseinkommen für die gesamte Gruppe in Höhe von 22,5 Einheiten bleibt damit bestehen. Werden nun diese 10 Personen mit dem Durchschnittseinkommen von 15 Einheiten (w_2) unselbständig, wobei sich ihr Durchschnittseinkommen nicht verändert, so bekommt die Lohnquote bei konstanter Erwerbstätigenproduktivität[1] folgendes Aussehen:

$$(10)\quad \frac{L_2}{Y_2} = \frac{A}{B} \cdot \frac{w}{Y_2/B} + \frac{\Delta A}{B} \cdot \frac{w_2}{Y_2/B} = 0{,}5$$

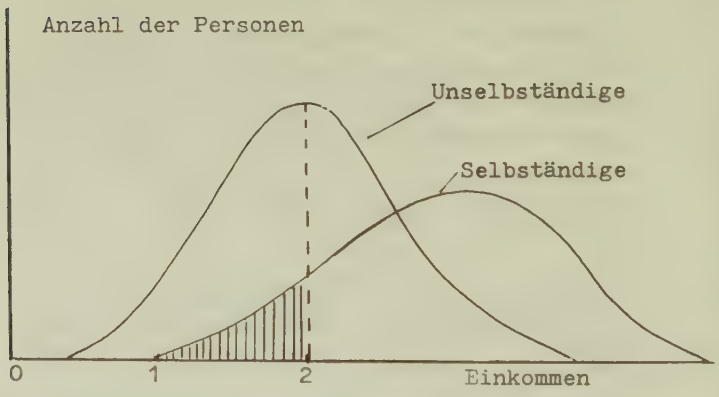
Bei diesem Beispiel erleiden zwar die zehn Personen keinen Einkommensrückgang, aber da auch hier die Arbeitnehmerquote (+16,7%) relativ geringer ansteigt als die Lohnquote (+25%), muß der Einkommensquotient ebenfalls gestiegen sein; bei unveränderter Erwerbstätigenproduktivität ist das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen gestiegen.

---

1) Unter diesen Voraussetzungen verändert sich durch den Wechsel der 10 Personen das Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen nicht, da keine Einkommensänderung bei den 10 Personen eintritt.

Bei unveränderter Erwerbstätigenproduktivität kann daher der Einkommensquotient nur dann sinken, wenn das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen unter dem Durchschnittseinkommen der alten Unselbständigen liegt. Da der Streuungsbereich der Einkommen in beiden Einkommenskategorien ziemlich hoch ist, ist es wahrscheinlich, daß es Selbständige gibt, die ein niedrigeres Durchschnittseinkommen haben als das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen.

Schaubild 2



Nimmt man an, daß die Besetzungszahlen der Einkommensklassen in der Kategorie der Unselbständigen normalverteilt sind, so fällt das arithmetische Mittel (Durchschnittseinkommen der Unselbständigen) mit dem Dichtesten- und dem Zentralwert zusammen, in unserer Zeichnung angedeutet durch den Abszissenabschnitt von 2. Nimmt man weiter an, daß nur die Selbständigen

ihren Status ändern, die dadurch keine Einkommenseinbuße erleiden, so sinkt der Einkommensquotient bei unveränderter Erwerbstätigenproduktivität nur dann, wenn selbständige Einkommensbezieher, die mit ihrem Einkommen innerhalb der Strecke 1 bis 2 liegen, unselbständig würden.

Bei dem Versuch, den "rechnerischen" Einfluß dieser Art der Zunahme zu ermitteln, muß das vorhandene Zahlenmaterial noch mit einer Annahme über den Durchschnittsverdienst der neuen Unselbständigen ergänzt werden.

Im Jahre 1950[1)] betrug die Zahl der Arbeitnehmer ungefähr 13,7 Mill. ($= A_2$), die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ca. 6,3 Mill. ($= B_1 - A_2$); die Gesamtzahl der Beschäftigten betrug demnach 20 Mill. ($= B_1$).
Im Jahre 1960[1)] betrug die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nur noch 5,7 Mill., d.h. deren Zahl ist um 0,6 Mill. zurückgegangen. Unterstellt man, daß diese 0,6 Mill. ($= \Delta A$) unselbständig wurden, was insofern nicht ganz korrekt ist, da ja ein gewisser Teil auch ganz aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, so steigt die Arbeitnehmerquote von 68,5% auf 71,5%; das ergibt eine Wachstumsrate von 4,4%.
Im Jahre 1950[2)] betrug der Durchschnittsverdienst der abhängig Erwerbstätigen ca. 3220,- DM ($= w_3$). Bei einer Erwerbstätigenproduktivität von 3760,- DM ($= Y/B_1$) ergab sich für die Lohnquote der Wert 0,586.

---

1) Siehe hierzu Tabelle 7 auf S.45 dieser Arbeit.
2) Siehe hierzu Tabelle 6 auf S.42a dieser Arbeit.

Nimmt man an, der Durchschnittsverdienst der neuen Unselbständigen und vorherigen Selbständigen liegt unter dem Durchschnittsverdienst der Unselbständigen - und zwar, um einen plastischen Wert zu nennen, der ziemlich deutlich darunter liegt, wird angenommen, er betrage 2000,-DM ($=w_4$) - so steigt unter Berücksichtigung dieser Angaben und der Annahme einer unveränderten Erwerbstätigenproduktivität die Lohnquote auf 0,602; das ergibt eine Wachstumsrate von 2,7%.

$$(11)\quad \frac{L_3}{Y_3} = \frac{A_2}{B_2} \cdot \frac{w_3}{Y_3/B_1} + \frac{\Delta A}{B_1} \cdot \frac{w_4}{Y_3/B_1} = 0{,}602$$

Da die Arbeitnehmerquote stärker gestiegen ist als die Lohnquote, muß der Einkommensquotient gesunken sein; der Durchschnittsverdienst der Unselbständigen ist bei gleichbleibender Erwerbstätigenproduktivität gesunken. Da aber die Differenz zwischen den Wachstumsraten von Arbeitnehmerquote und Lohnquote nicht groß ist, kann auch der Einkommensquotient nicht erheblich sinken.

Der Wechsel von Selbständigen zur Position der Unselbständigkeit kann unter bestimmten Annahmen[1] das Sinken des Einkommensquotienten erklären, reicht aber alleine nicht aus.

Betrachtet man die tatsächlichen Wachstumsraten von Arbeitnehmerquote (+13,4%) und Lohnquote (+3,7%) in dem Zeitraum von 1950 bis 1960, so

---

1) Bei der Interpretation dieses Ergebnisses muß beachtet werden, daß insbesondere die Annahme über das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen relativ willkürlich ist.

sieht man, daß die Differenz viel größer ist, und der Einkommensquotient daher viel stärker gesunken sein muß.

Etwas anders sieht es aus mit dem Einfluß der neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen.

3.3 Die Bedeutung der steigenden Anzahl der Unselbständigen für die negative Entwicklung des Einkommensquotienten

Bei der Ermittlung des Einflusses der neu in den Erwerbsprozeß eingetretenen Unselbständigen wird von dem gleichen Modell ausgegangen wie im vorhergehenden Abschnitt[1].

Auch in diesem Kapitel ist es erforderlich zu wissen, wie das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen und die Erwerbstätigenproduktivität sich durch die neuen abhängigen Erwerbstätigen verändern, um den Einfluß auf den Einkommensquotienten zu bestimmen. Es sind daher Annahmen darüber zu machen, wie groß das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen ist und wie groß deren Erwerbstätigenproduktivität ist.
Im Gegensatz zu dem vorherigen Abschnitt, wo teilweise noch mit einer unveränderten Erwerbstätigenproduktivität gearbeitet werden konnte, ist es hier erforderlich, realistischerweise anzunehmen, daß die Erwerbstätigenproduktivität der neuen Unselbständigen unter der durchschnitt-

---

1) Siehe dazu S.48 dieser Arbeit.

lichen gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenproduktivität liegt, so daß diese durch den Zutritt von neuen Unselbständigen sinkt.

Nimmt man an, daß 20 Personen als Unselbständige in den Erwerbsprozeß eintreten, so steigt die Anzahl der abhängig Erwerbstätigen von 60 auf 80 ($= A_1$), und die Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 100 auf 120 ($= B_1$). Die Arbeitnehmerquote erhöht sich damit von 0,6 auf 0,667 ($= A_1/B_1$); das ist eine Wachstumsrate von 11,1%.
Wird weiter angenommen, daß das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen ebenfalls wie das der alten Unselbständigen bei 10 Einheiten($w = w_1$) liegt, so steigt das Volkseinkommen um das Einkommen der neuen Unselbständigen($\Delta A \cdot w_1$). In diesem Beispiel steigt es um 200 Einheiten auf 1700 Einheiten ($= Y_1$).
Die gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenproduktivität sinkt damit von 15 Einheiten ($= Y/B$) auf 14,17 Einheiten ($= Y_1/B_1$).

Unter Berücksichtigung dieser Angaben bekommt die Lohnquote folgenden Wert:

$$(12)\quad \frac{L_1}{Y_1} = \frac{A_1}{B_1} \cdot \frac{w}{Y_1/B_1} = 0{,}667 \cdot \frac{10}{14{,}17} = \frac{800}{1700} =$$

$$= 0{,}4706$$

Die Wachstumsrate der Lohnquote beträgt 17,6. Sie ist damit höher als die der Arbeitnehmerquote. Der Einkommensquotient ist bei unverändertem Durchschnittseinkommen der Unselbständigen aber wegen der verminderten Erwerbstätigenproduktivität wiederum gestiegen ($\frac{w}{Y/B} = \frac{10}{15}$ gegenüber $\frac{w}{Y_1/B_1} = \frac{10}{14{,}17}$).

Einen sinkenden Einkommensquotienten erhält man

auch dann nicht, wenn man annimmt - wie es schon erwähnt wurde[1] -, daß das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen geringer ist als das der bisherigen Unselbständigen.

Beträgt nämlich das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen nur 8 Einheiten, so sinkt das gesamte Durchschnittseinkommen der Unselbständigen von 10 (= w) auf 9,5 Einheiten (= w_2): $(\frac{60 \cdot 10 + 20 \cdot 8}{0} = 9{,}5)$.

Steigt das Volkseinkommen im Umfange des Einkommens der neuen Unselbständigen ($20 \cdot 8 = 160$) von 1500 Einheiten (= Y) auf 1660 Einheiten (= Y_2) an, so sinkt die Erwerbstätigenproduktivität von 15 Einheiten (= Y/B) auf 13,8 Einheiten (= Y_2/B_1). Da nun aber auch in diesem Beispiel die Erwerbstätigenproduktivität stärker gesunken ist (-8%) als das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen (-5%), kann der Einkommensquotient nicht sinken, sondern er muß steigen.

Bei den bisherigen Beispielen wurde immer angenommen, daß das Volkseinkommen um die Lohnsumme der neuen Unselbständigen zunimmt, d.h. das Durchschnittseinkommen der neuen Unselbständigen entspricht der Erwerbstätigenproduktivität der neuen Unselbständigen.
Ein Sinken des Einkommensquotienten ist offensichtlich aber nur dann zu erreichen, wenn die Produktivität der neuen Unselbständigen größer ist als ihr Durchschnittseinkommen, d.h. die neu eingesetzten Arbeitskräfte werden nicht nach ihrem Grenzprodukt bezahlt sondern niedriger. Dies konnte deswegen der Fall gewesen sein, weil bis 1959 noch ein Reservoir an Arbeitslosen bestand und deshalb die eingesetzten Arbeitskräfte nicht sofort

---

1) Siehe hierzu S.36 dieser Arbeit.

das infolge der Kapitalintensivierung, der steigenden Kapitalproduktivität und möglicherweise besseren Kapazitätsauslastung gestiegene Grenzprodukt erhalten konnten, sondern erst mit einer gewissen Verzögerung[1].

Das infolge der Verzögerung der Lohn- und Gehaltsentwicklung eingetretene Sinken des Einkommensquotienten kann dann aber nicht der steigenden Anzahl der Unselbständigen zugeschrieben werden, sondern den noch zu behandelnden Faktoren der Arbeitseinkommensentwicklung.

---

1) Siehe hierzu Helmstädter, E., "Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der BRD unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950-1955", in: Jb.f.N.u.St. Bd. 179/1966, S.395.

3.4 Zusammenfassung

In den vorhergehenden Kapiteln wurde gezeigt, daß die steigende Arbeitnehmerquote unter Zugrundelegung von bestimmten Annahmen zur Erklärung des Sinkens des Einkommensquotienten beitragen kann.
Der Einfluß der steigenden Arbeitnehmerquote reicht aber nicht immer für die Erklärung eines Sinkens des Einkommensquotienten aus. So kann z.B. die Verminderung des Einkommensquotienten in den Jahren 1952 und 1955 nicht allein mit der gesunkenen Anzahl der Selbständigen und der gestiegenen Anzahl der Unselbständigen erklärt werden, da in diesen Jahren die Anzahl der Selbständigen nur geringfügig gesunken ist.

Es ist daher erforderlich, zu untersuchen, welche anderen Faktoren zu der Minderung des Einkommensquotienten beigetragen haben könnten.

Betrachtet man zum Schluß dieses Kapitels noch die Entwicklung des Einkommensquotienten in anderen Ländern, so wird die Vermutung über die Verbindung von Einkommensquotient und Arbeitnehmerquote verstärkt.
Innerhalb der EWG-Länder hat nur Italien eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Dort stieg von 1954 bis 1963 die Arbeitnehmerquote ebenfalls stärker als die tatsächliche Lohnquote, so daß der Einkommensquotient sank[1]. Im

---

1) Siehe hierzu Sambach, E., "Einige Beziehungen zwischen Einkommensverteilung, Löhnen, Produktivität und Beschäftigtenstruktur sowie ihre längerfristige Entwicklung in den EWG-Ländern", in: Konjunkturpolitik, 11. Jg., 1965, S.54 f.

Tabelle 8 [1]

(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v.H.)

Jahr	Preisindex des BSP	Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1954 je Erwerbstätigen	Bruttoarbeitseinkommen je Unselbständigen	Realeinkommen je Unselbständigen	Produktivitätsbereinigtes Bruttoarbeitseinkommen je Unselbständ.	Produktivitätsbereinigtes Realeinkommen je Unselbständigen [2]	Preisindex für die gesamte Lebenshaltung
	(1)	(2)	(3)	(4) = (3 - 1)	(5) = (3 - 2)	(6) = (5 - 1)	(7)
1951	10,0	8,1	16,0	6,0	7,9	-2,1	7,7
1952	4,9	7,0	8,0	3,1	1,0	-3,9	2,1
1953	-0,2	5,4	6,1	6,3	0,7	0,9	-1,8
1954	0,1	4,7	5,0	4,9	0,3	0,2	0,2
1955	2,0	8,0	8,1	6,1	0,1	-1,9	1,6
1956	2,9	4,2	7,9	5,0	3,7	0,8	2,2
1957	2,9	3,5	6,4	3,5	2,9	±0,0	2,0
1958	3,6	2,8	7,2	3,6	4,4	0,8	2,2
1959	1,4	6,0	5,2	3,8	-0,8	-2,2	0,9
1960	2,6	6,8	9,3	6,7	2,5	-0,1	1,4
1961	4,3	4,1	10,6	6,3	6,5	2,2	2,3
1962	4,5	3,4	9,0	4,5	5,6	1,1	2,9

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1966, S.544, 1960, S.142;
Sachverständigengutachten 1965, Tab. 78, S.212, Tab. 97, S.237;
Wirtschaft und Statistik 1960, Heft 1, S.30, 1961, Heft 1, S.30.

2) Diese Spalte zeigt annäherungsweise die Veränderung des Einkommensquotienten.

tum der deutschen Volkswirtschaft war in diesem Zeitraum aber nicht gleichmäßig. "Erstens gibt es einen abwärts gerichteten Trend der Wachstumsraten und zweitens ist dieser Trend von zyklischen Schwankungen überlagert"[1]. So beginnt der zu betrachtende Zeitraum mit den Boomjahren 1950 bis 1952, gefolgt von einer leichten Abschwächung in den Jahren 1953 und 1954. Der zweite Zyklus beginnt mit dem Jahr 1955 und endet mit einer leichten Rezession in den Jahren 1957 und 1958, an die sich ein dritter Boom in den Jahren 1959 und 1960 anschließt.

Aus Tabelle 8 ist ersichtlich, daß der jährliche Anstieg des Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen, abgesehen von dem Jahr 1959, größer war als die positive Veränderung des Bruttoinlandsproduktes zu Preisen von 1954 je Erwerbstätigen, d.h. die Veränderung des produktivitätsbereinigten Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen (Spalte 5, Tabelle 8) war, abgesehen von dem Jahr 1959, positiv[2]. Berücksichtigt man darüberhinaus auch den Anstieg des Preisniveaus (Spalte 1, Tabelle 8), so zeigt sich, daß der Anstieg des produktivitätsbereinigten Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen zeitweise niedriger war als der des Preisniveaus. Dies ersieht man daraus, daß die Veränderung des produktivitätsbereinigten Realeinkommens je Unselbstän-

---

1) Vogt, W., "Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft", Tübingen 1968, S.3.

2) Bei den mit Hilfe der Subtraktion von verschiedenen Veränderungsraten ermittelten Spalten 4-6 der Tabelle 8 auf S.62 dieser Arbeit ist zu beachten, daß die so ermittelten Werte nur eine Annäherung an die tatsächlichen Werte sein können.

digen (Spalte 6, Tabelle 8) negativ war in den Jahren 1951, 1952, 1955, 1959 und 1960. Dies sind aber genau die oben erwähnten Boomjahre. Da in diesen Jahren das Realeinkommen je Unselbständigen (w/P) nicht so stark stieg wie die reale Erwerbstätigenproduktivität (Yr/B)[1], war die Veränderung des Einkommensquotienten $(\frac{w}{P \cdot Yr/B})$ in diesen Jahren negativ.
Stellt man der Veränderung des produktivitätsbereinigten Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen (Spalte 5, Tabelle 8) nicht den Anstieg des Preisindex des Bruttosozialproduktes (Spalte 1, Tabelle 8) gegenüber, sondern die Veränderung des Preisindex für die gesamte Lebenshaltung (Spalte 7, Tabelle 8), so ergibt sich eine geringere negative Entwicklung des produktivitätsbereinigten Realeinkommens je Unselbständigen, denn der Anstieg des Preisindex für die gesamte Lebenshaltung war nicht so stark wie der des Preisindex für das Bruttosozialprodukt. Eine negative Veränderung dieses so berechneten produktivitätsbereinigten Realeinkommens ergibt sich dann nur noch für die Jahre 1952, 1955 und 1959.

Da die Veränderung des produktivitätsbereinigten Bruttoarbeitseinkommens je Unselbständigen, abgesehen vom Jahr 1959, positiv war, kommt es bei der Erklärung des sinkenden Einkommensquotienten mehr auf die Veränderung des Preisniveaus an. Zu diesem Sinken des Einkommensquotienten müssen Faktoren beigetragen haben, die einerseits zu einem Steigen des Preisniveaus geführt haben und andererseits verhindert haben, daß das Realeinkommen je Unselbständigen relativ gleich stark

---

1) Siehe hierzu Tabelle 8, Spalte 5 auf S.62 dieser Arbeit.

ansteigt wie die reale Erwerbstätigenproduktivität.

4.2 Die Faktoren, die zu dem Sinken des Einkommensquotienten beigetragen haben können.

Da der Anstieg des Preisniveaus in dem zu betrachtenden Zeitraum eher auf einem Nachfrageüberhang beruht als auf einem Kostendruck[1], müssen die Faktoren gefunden werden, die gerade in den Boomjahren zu einer Erhöhung der Gesamtnachfrage und daraus resultierenden Preisniveauanstiegen führten.
Unter den Komponenten der Gesamtnachfrage wäre in erster Linie die Investitionsgüternachfrage zu erwähnen[2].

Neben der Investitionsgüternachfrage ist aber auch die Lohnpolitik nicht ohne Bedeutung für die Erklärung des Preisniveauanstiegs. Zum einen kann es durch die institutionellen Gegebenheiten der Lohnverhandlungen dazu kommen, daß die Löhne nicht laufend an die Entwicklung der realen Erwerbstätigenproduktivität und der Preisniveauveränderung angepaßt werden können, da zwischen den Lohnverhandlungen bestimmte Zeitabstände liegen. Zum anderen können die Lohnerhöhungen selber, wenn sie die Entwicklung der Produktivität übertreffen[3], zu einem Anstieg des Preis-

---

1) Siehe hierzu Vogt, W., a.a.O., S.4.

2) Siehe hierzu Tabelle 9 auf S.69 dieser Arbeit.

3) Es soll damit nicht gesagt werden, daß ein Preisanstieg nicht eintreten kann, wenn die Lohnerhöhung sich innerhalb der Produktivitätsverbesserung vollzieht, sondern nur, daß der Anstoß für die Preiserhöhung von der Lohnerhöhung ausgeht.

niveaus geführt haben. Diese Möglichkeit widerspricht nicht den Bedingungen einer Nachfrageinflation. Solange das Kreditvolumen einer Volkswirtschaft steigt und die Erwartungen der Unternehmer weiterhin optimistisch sind, führt die Lohnexpansion nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung. Von einer Kosteninflation kann erst dann die Rede sein, wenn die Expansion der Löhne in Verbindung mit einer Verknappung des Geldvolumens zu einem Rückgang der Beschäftigung führt[1].

Befassen wir uns zuerst mit den möglichen Wirkungen der Investitionen auf Preisniveau, Gewinn- und Lohneinkommen.

42.1 Die Wirkungen der Investitionen auf Gewinn, Lohn und Preisniveau

Bei der Erklärung dieses Zusammenhanges wird von einfachen kreislauftheoretischen Zusammenhängen ausgegangen, wobei eine Situation der Vollbeschäftigung unterstellt wird.
Das Volkseinkommen (Y) teilt sich auf in Lohneinkommen (L) und Gewinneinkommen (G):

(13) $Y = L + G$

Die Gewinne ergeben sich somit als Differenz zwischen Volkseinkommen und Lohneinkommen:

(13a) $G = Y - L$

---

1) Siehe hierzu Wallich, H.C., "Inflation und Wirtschaftswachstum", in: "Wirtschaftswachstum durch Geldwertschwund", Schriftenreihe Steuerrecht und Steuerpolitik, Heft 11, Heidelberg 1971, S.14 ff.

Für das Volkseinkommen können wir auch schreiben:

$$(14) \quad Y = I + C_g + C_w$$

d.h. das Volkseinkommen setzt sich zusammen aus den Investitionen (I), dem Konsum der Gewinnbezieher (C_g) und dem Konsum der Lohn- und Gehaltsbezieher (C_w). Hinsichtlich der Verwendung ihres Einkommens in der gleichen Periode haben die Unselbständigen die Alternative zwischen Sparen (S_w) und Konsum (C_w):

$$(15) \quad L = S_w + C_w$$

Setzt man die Gleichungen (14) und (15) in die Gleichung (13a) ein, so erhält man für den Zustand im Gleichgewicht folgende definitorische Zusammenhänge:

$$(16) \quad G = I + C_g + C_w - (C_w + S_w) = I + C_g - S_w$$

Aus dieser einfachen Beziehung ergibt sich, daß die Höhe des Gewinns für die Gesamtheit der Unternehmer bei konstantem Sparvolumen der Unselbständigen (S_w) offenbar von der Höhe der Investitionen und dem Unternehmerkonsum abhängt. In gegenläufiger Beziehung steht die Höhe des Gewinns mit der Höhe der Ersparnisse der Lohneinkommensbezieher. Wichtig ist nun, daß für die Gesamtheit der Unternehmer der Gewinn umso größer ist, je größer bei konstantem Unternehmerkonsum (C_g) und konstantem Sparvolumen der Unselbständigen (S_w) die Investitionsausgaben sind. Steigen die Investitionsausgaben, so kommt es, theoretisch gesehen, zum Ablauf eines inflatorischen Multiplikatorprozesses,

bei dem das Preisniveau während des Prozeßablaufes ansteigt, d.h. es kommt zu Q-Gewinnen[1], die die Einkommensverteilung für die Arbeitnehmer temporär verschlechtern. Wie nun die steigenden Investitionsausgaben die Lohneinkommen verändern, läßt sich aus der obigen Gleichung nicht ersehen; man kann nur sagen, daß sie durch die steigenden Investitionsausgaben ebenfalls positiv beeinflußt werden. Da wir von einer vollbeschäftigten Wirtschaft ausgingen, kann die Investition nur dann durchgeführt werden, wenn im Bereich der Investitionsgüterindustrie vermehrt Arbeitskräfte vorhanden sind. Diesen vermehrten Bestand an Arbeitskräften erhält man durch Lohnüberbietungen, so daß die Arbeitskräfte von dem Konsumgüterbereich in den Investitionsgüterbereich abwandern. Das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau wird damit steigen, wenn auch mit einem time-lag hinsichtlich der Veränderung des Preisniveaus, so daß es temporär zu der Erscheinung des Zwangssparens kommt. Dieses Zwangssparen ist erforderlich, um den Konsumgüterbereich zurückzudrängen, damit die Investitionen auch real durchgeführt werden können.

Betrachtet man die Entwicklung der Investitionsquote (Tabelle 9) und die Entwicklung des Einkommensquotienten, so sieht man, daß die Investitionsquote gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist in den Jahren 1952, 1954, 1955, 1959 und 1960. Abgesehen von dem Jahr 1954, war in

---

1) Siehe hierzu Preiser, E., "Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmergewinn", in: Jb. f. N. u. St., Bd. 167/1955, S.89 ff. Wiederabgedruckt in: Preiser, E., "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens", Göttingen 1957, S.140 ff.

Tabelle 9 [1]

Jahr	Nettoinvestitionen in v.H. des Nettosozialproduktes zu Faktorkosten	Einkommensquotient
1950	15,8	0,8576
1951	15,8	0,8425
1952	17,5	0,8140
1953	14,9	0,8189
1954	18,7	0,8176
1955	23,1	0,7965
1956	21,2	0,7973
1957	20,0	0,7945
1958	19,1	0,8020
1959	21,1	0,7921
1960	22,1	0,7865

diesen Jahren die Veränderung des produktivitäts- und preisbereinigten Bruttoarbeitseinkommens je Arbeitnehmer (Spalte 6 Tabelle 8 S.62) negativ, das zeigt sich auch darin, daß der Einkommensquotient in den betreffenden Jahren gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Es könnte daher die Vermutung naheliegen, daß die Entwicklung der Investitionsquote nicht ohne Einfluß auf die Einkommensverteilung war.

Bevor aber näher auf die Beziehung zwischen Investitionsquote und Einkommensverteilung

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1960, S.542 Tab.2, S.550 Tab.8, 1962, S.573 Tab.11 und 1966, S.544 Tab.3 sowie Tab. 6 auf S.42a dieser Arbeit.

eingegangen werden soll, muß beachtet werden, daß die Bedingung der Vollbeschäftigung bei dem oben beschriebenen Modell in der Realität nicht vorlag und zwar besonders in den ersten Jahren des zu betrachtenden Zeitraums. Daher ist zu vermuten, daß der Anstieg der Investitionsquote ohne größeren Zwangssparprozeß möglich war, da die in höherer Zahl vorhandenen unbeschäftigten Arbeitskräfte ohne Lohnsteigerungen in die Investitionsgüterindustrie eingegliedert werden konnten.

42.2 Die Bedeutung der Lohnpolitik

Unter den Bedingungen des oben beschriebenen Modells über die Wirkungen der Investitionsgüternachfrage ist es wesentlich für eine Realisierung dieser Investitionen, daß die Lohnsteigerungen den Preissteigerungen zeitlich nachfolgen. Dies ist der Grund für eine relative Minderung des Konsums der Arbeitnehmer (Zwangssparen). Durch den Preisanstieg kommt es zu einer Reduzierung des Anteils am Gesamteinkommen bei den Einkommensbeziehern, deren Einkommen hinter der Preisentwicklung herläuft. Dies sind in der Regel jene Einkommensbezieher, deren Einkommen längerfristig festgelegt ist.

Daß es im Zuge des Investitionsgüternachfrageanstiegs unter der Bedingung der Vollbeschäftigung auch zu Lohnerhöhungen kommt, da die Unternehmer, die vermehrt investieren wollen, die Arbeitskräfte durch Lohnüberbietungen aus anderen Wirtschaftsbereichen abziehen müssen, kann nicht bestritten werden. Wesentlich dabei ist aber, daß die Löhne langsamer nachziehen.

Ob die Löhne aber langsamer nachziehen, hängt u.a. auch von der Stärke der Gewerkschaften ab und von deren Beachtung, die sie der Preisentwicklung widmen[1].

Obwohl es in der ersten Phase des durch die Investitionssteigerung ausgelösten Prozesses zu einem Nachhinken der Löhne kommen kann, ist es möglich, daß die Löhne später mit der Preisentwicklung Schritt halten[2]. Antizipieren die Gewerkschaften bei ihren Lohnverhandlungen die laufende und die kommende Preisniveauentwicklung richtig, so kommt es nicht zu einer Verschlechterung des Einkommensanteils der Arbeitnehmer[3].

Dieser Fall der vollkommenen Antizipation wird allerdings sehr schwierig zu realisieren sein, da man nicht angeben kann - besonders wenn die Löhne stärker steigen als die laufende reale Produktivitätsverbesserung und die laufende Preiserhöhung - wie die Preisentwicklung weitergeht. Sind die Erwartungen der Unternehmer optimistisch eingestellt und geht ihre Investitionsneigung nicht zurück, so kann es bei einem elastischen Geldangebot dazu kommen, daß die Gesamtnachfrage noch weiter ansteigt und damit der Preisanstieg noch weiter vorangetrieben wird als ohne solchen Optimismus. Es kommt damit zu einer Überwälzung der gestiegenen Lohnkosten, so daß die Gewinnmargen der Unternehmer nicht reduziert werden.

---

1) Siehe hierzu Wallich, H.C., a.a.O., S.22.

2) Ebenda S.22.

3) Siehe hierzu Lübbert, J., "Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung", Tübingen 1964, S.170.

Der Versuch, durch hohe Lohnforderungen eine Umverteilung zu erreichen, ist damit gescheitert, da wegen des erneuten Preisanstiegs der Einkommensquotient ($\frac{w}{Yr/B \cdot P}$) nicht steigen kann[1].

Bei der Erkkärung des sinkenden Einkommensquotienten muß daher beachtet werden, ob die Lohnpolitik nicht selber zu dessen Entwicklung mit beigetragen hat. Diese Vermutung besteht deshalb, weil gerade in dem zu betrachtenden Zeitraum diese expansive Lohnpolitik Grundlage der Gewerkschaftspolitik war. "Die Lohnpolitik darf nicht allein dynamisch, sie muß auch expansiv sein. Sie darf sich nicht damit begnügen, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklung nachträglich heranzubringen. Sie muß versuchen, die wirtschaftliche Expansion von sich aus zu forcieren, um durch bewußte Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung des Produktionsniveaus herauszufordern"[2].

Es gilt daher, neben der Analyse des Zusammenhanges von Investitionsquote und Einkommensquotient zu untersuchen, ob die Lohnpolitik zu einem Sinken des Einkommensquotienten beigetragen hat.

---

1) Siehe hierzu Wallich, H.C., a.a.O., S.33.

2) Agartz, V., "Expansive Lohnpolitik", in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, 6.Jg., Köln 1953, Heft 12, S.246.
Das angegebene Zitat soll nicht als Anstoß für eine Diskussion über die Kaufkrafttheorie der expansiven Lohnpolitik dienen, sondern nur als Beleg für das vermutliche Vorhandensein einer solchen Lohnpolitik.

5. Die mögliche Beziehung zwischen steigender Investitionsquote und sinkendem Einkommensquotienten

Bei der Betrachtung der möglichen Wirkungen der steigenden Investitionsausgaben auf Gewinn, Lohn und Preisniveau[1] wurde festgestellt, daß die steigenden Investitionsausgaben bei Vollbeschäftigung zu einem Anstieg des Preisniveaus führen, und es dann bei konstantem Lohneinkommen oder zeitlich hinter dem Preisniveauanstieg herlaufenden Lohneinkommen zu Q-Gewinnen kommt. Die Voraussetzung für das Zustandekommen der Umverteilung zuungunsten der Arbeitnehmer liegt unter diesen Bedingungen im Bestehen der Q-Gewinne. Es soll daher zuerst nach den kreislaufmäßigen Voraussetzungen der Gewinnbildung im allgemeinen und der Q-Gewinne im besonderen gefragt werden.

5.1 Die kreislaufmäßigen Voraussetzungen der Gewinnbildung

Zur Darstellung der kreislaufmäßigen Voraussetzungen wird von folgendem einfachen Grundmodell ausgegangen[2].

(17) $Y = C + I$

Der Konsum setzt sich zusammen aus dem Konsum der Gewinneinkommensbezieher ($C_g = c_g G$) - wobei c_g die Konsumneigung der Gewinneinkom-

---

1) Siehe hierzu Kapitel 42.1 auf S. 66 ff. dieser Arbeit.

2) Siehe hierzu u.a. Scheele, E., "Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung", in: Jb.f.Sw. Bd. 14/1963, S.152.

mensbezieher angibt - und dem Konsum der Lohneinkommensbezieher ($C_w = c_w L$) - wobei c_w die Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher ist.

(18) $C = C_g + C_w = c_g G + c_w L$

Für das Volkseinkommen kann daher auch geschrieben werden:

(17a) $Y = I + c_g G + c_w L$

Da aber das Volkseinkommen gleich der Summe von Lohneinkommen und Gewinneinkommen ist:

(19) $Y = L + G$

(19a) $G = Y - L$

gilt für das Gewinneinkommen unter Berücksichtigung der Gleichung (17a)

(20) $G = I + c_g G + c_w L - (c_w L + (1-c_w) L) =$

$= I + c_g G - (1-c_w)L = \frac{1}{1-c_g} (I - (1-c_w)L)$ [1)]

Diese Gleichung gilt nur für das Gleichgewicht im Kreislauf, d.h. die geplanten Investitionen sind gleich dem Sparen ($(1-c_g)G + (1-c_w)L = I$).

An Hand dieser Gleichung kann nur die Voraussetzung für die Gewinnbildung im Gleichgewicht gezeigt werden. Die dynamischen Gewinne

---

1) Die Gleichung (20) ist identisch mit Gleichung (16) S.67. Sie ist aber in dieser Form besser geeignet, da die Konsumneigungen beider Einkommensbezieher explizit erscheinen.

(Q-Gewinne) können erst unter der Bedingung I S, d.h. die geplanten Investitionen sind größer als das geplante Sparen, während des Prozeßablaufes von einem Gleichgewicht zum anderen entstehen.

Welche Voraussetzungen müssen für das Bestehen der Gewinne im Gleichgewicht vorhanden sein? Sind das Lohneinkommen (L) und die Konsumneigungen (c_g, c_w) beider Gruppen von Einkommensbeziehern gegeben, so hängt die Höhe des Gewinns offensichtlich von der Höhe der Investitionen ab. Liegt die Konsumneigung der Gewinneinkommensbezieher (c_g) und die Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher (c_w) zwischen null und eins, und sind keine Investitionsausgaben vorhanden, so kann der Gewinn null oder sogar negativ sein. Null ist er dann, wenn die Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher eins ist ($c_w = 1$), d.h. die Lohneinkommensbezieher sparen nicht; das Volkseinkommen ist gleich dem Lohneinkommen. Sparen die Lohneinkommensbezieher, so macht die Gesamtheit der Unternehmer unter diesen Voraussetzungen Verluste; sie können durch die Konsumausgaben der Lohneinkommensbezieher nicht einmal die Produktionskosten decken.

Die Gesamtheit der Unternehmer erhält im Gleichgewicht nur dann einen Gewinn, wenn die Investitionsausgaben größer sind als die Sparsumme der Lohneinkommensbezieher ($(1-c_w)L$). Wird

als Extremfall angenommen, daß die Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher eins beträgt ($c_w = 1$) und die Konsumneigung der Gewinneinkommensbezieher null ($c_g = 0$), so sind im Gleichgewicht die geplanten Investitionen gleich dem geplanten Sparen der Gewinneinkommensbezieher; in diesem Fall identisch mit dem Gewinn ($I = G$).

Kommt es nun auf Grund positiver Unternehmererwartungen zu steigenden Investitionsausgaben, so hängt die Gewinnbildung während des Prozeßablaufes bei konstanter Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher entscheidend von dem Nachhinken des Lohneinkommens hinter der Entwicklung des Volkseinkommens ab.
Werden die gestiegenen Investitionsausgaben mit einer Kreditschöpfung vorfinanziert - jedenfalls in voller Höhe in der ersten Periode - und wird weiter unterstellt, daß das Lohneinkommen während des Prozeßablaufes von Gleichgewicht zu Gleichgewicht konstant bleibt und somit auch wegen der konstanten Konsumneigung der Lohneinkommensbezieher deren Sparvolumen, so kommt es unter der Bedingung der Vollbeschäftigung zu Q-Gewinnen. Da damit das Sparvolumen der Gewinneinkommensbezieher steigt ($(1-c_g)\ G$), kann ein Teil der Kredite durch das erhöhte Sparvolumen abgelöst werden. Der Prozeß der Gewinnsteigerung wird solange andauern, bis die gestiegenen Investitionen voll durch die gestiegenen Ersparnisse der Gewinneinkommensbezieher finanziert werden können ($I = (1-c_g)\ G$). Dann ist ein neues Gleichgewicht erreicht, und die Q-Gewinne, die

während des Prozeßablaufs entstanden, sind zu statischen Gewinnen geworden.

Daß es zu diesen Q-Gewinnen kommt und unter diesen Bedingungen auch zu einer Erhöhung des Gewinns im neuen Kreislaufgleichgewicht, beruht auf der Voraussetzung, daß das Lohneinkommen konstant bleibt oder hinter der Ausdehnung des nominalen Volkseinkommens durch die Investitionen zurückbleibt. Steigt aber im gleichen Augenblick mit der Erhöhung der Investitionsausgaben auch das Lohneinkommen relativ gleich stark an, so kommt es nicht zu einem Zwangssparprozeß und damit auch nicht zu Q-Gewinnen[1]. Liegt dieser Fall vor, so kommt es nicht nur zu keiner Änderung der Einkommensverteilung, sondern es können wegen des fehlenden Zwangssparprozesses auch die Investitionen nicht real durchgeführt werden.

Für die Entstehung der dynamischen Gewinne sind zwei Faktoren wesentlich, wobei der eine auf makroökonomischen und der andere auf mikroökonomischen Zusammenhängen beruht: Die erste Voraussetzung für die Entstehung der Q-Gewinne ist das Vorhandensein einer exogenen Größe, z.B. der Investitionsausgaben, die durch die Kreditschöpfung vorfinanziert werden und damit eine Ausdehnung des Kreislaufs herbeiführen.

Die zweite Voraussetzung liegt in dem Nachhinken des Lohneinkommens hinter der Ausdehnung des

---

1) Dies gilt nur unter der Voraussetzung, daß das gestiegene Lohneinkommen nicht mit einer Kreditschöpfung finanziert wird.

nominalen Volkseinkommens durch die gestiegenen Investitionsausgaben.

Im folgenden Kapitel soll unter Beachtung dieser Ergebnisse untersucht werden, ob die Erhöhung der Investitionsquote überhaupt zu einem Sinken des Einkommensquotienten führen kann. Bei dem ersten Teil der Untersuchung soll dabei auf das Verteilungsmodell von Kaldor zurückgegriffen werden.

5.2 Das Verteilungsmodell von Kaldor

52.1 Darstellung des Modells

Das Grundmodell von Kaldor[1] besteht aus drei Gleichungen:

(21) $Y = L + G$

(22) $I = S$

Die geplanten Investitionen entsprechen dem geplanten Sparen. Es besteht also ein Kreislaufgleichgewicht.

(23) $S = s_g G + s_w L$

s_g ist die Sparneigung der Gewinneinkommensbezieher, s_w ist die Sparneigung der Lohneinkommensbezieher.
Aus diesen drei Gleichungen erhält man durch Umformung und Substitution die Gleichung für

---

1) Kaldor, N., "Alternative Theories of Distribution", in: Review of Economic Studies 1955/56 Bd. 23, S.95 ff.

die Höhe des Gewinnanteils:

$$(24)\quad \frac{G}{Y} = \frac{1}{s_g - s_w}\frac{I}{Y} - \frac{s_w}{s_g - s_w}$$

Da die Größen s_g und s_w als konstant gegeben sind, hängt die Höhe der Gewinnquote $(\frac{G}{Y})$ von der Höhe der Investitionsquote $(\frac{I}{Y})$ ab, d.h. die Gewinnquote wird als abhängige und die Investitionsquote als unabhängige Variable angesehen[1].

Eine nähere Ausgestaltung erhält die Gleichung (24) bei Kaldor durch zusätzliche Bedingungen. So kommt es unter bestimmten Annahmen dazu, daß ein Zustand der Vollbeschäftigung gegeben ist. Das Lohneinkommen nimmt er als konstant an, und der Kapazitätseffekt der Investitionen wird vernachlässigt.

Die Frage ist nun, in welchem Zusammenhang stehen Investitionsquote $(\frac{I}{Y})$ und Gewinnanteil $(\frac{G}{Y})$ und wie ist dieser Zusammenhang zu erklären? Da die Gleichung (24) nur bei der Betrachtung eines Kreislaufgleichgewichts gilt, muß bei einem neuen Gleichgewicht mit höherer Investitionsquote $(\frac{I}{Y})$ auch die Sparquote $(\frac{S}{Y})$ auf diese Höhe gestiegen sein. Ist die Sparneigung der Gewinneinkommensbezieher größer als die der Lohneinkommensbezieher $(s_g > s_w)$[2], und sind diese Sparneigungen

---

1) Die Investitionsquote als unabhängige Variable zu betrachten, ist insofern problematisch, da der Nenner dieser Quote u.a. vom Zähler abhängig ist, d.h. die Investitionen sind eine Determinante des Volkseinkommens.

2) Siehe hierzu Kaldor, N., a.a.O., S.95.

konstant, so kommt es zu einer steigenden Sparquote nur dann, wenn die Sparsumme der Gewinneinkommensbezieher stärker steigt als das Volkseinkommen. Das ist nur dann der Fall, wenn es zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommensbezieher kommt. Der zusätzliche Gewinn muß um ein Vielfaches größer sein als die zusätzlichen Investitionen. Dies ist leicht aus der folgenden Gleichung zu ersehen:

$$(25)\quad \frac{I}{Y} = \frac{S}{Y} = s_w \frac{L}{Y} + s_g \frac{G}{Y} \qquad ^{1)}$$

Die Gleichheit von geplanter Investition und geplanter Ersparnis ist unter diesen Bedingungen bei gestiegener Investitionsquote nur dann zu erreichen, wenn der Gewinnanteil um $\frac{1}{s_g - s_w}\, d(I/Y)$ ansteigt[2)].

Mit diesen Ausführungen ist aber nur erklärt worden, welche Höhe der Gewinnanteil erreichen muß, damit die gestiegenen Investitionen gleich den geplanten Ersparnissen sind, aber es ist nicht erklärt worden, wie man sich die Erhöhung des Gewinnanteils vorzustellen hat.

---

1) Da die erste Ableitung der folgenden Gleichung ($I = s_w L + s_g G$) nach G einen Wert ergibt ($\frac{dI}{dG} = s_g$), der kleiner ist als eins ($0 < s_g < 1$), müssen die Gewinne stärker steigen als die Investitionsausgaben, um ein neues Gleichgewicht mit höheren Investitionsausgaben zu erreichen.

2) Siehe hierzu Gleichung (24) auf S.79 ($\frac{d(\frac{G}{Y})}{d(\frac{I}{Y})} = \frac{1}{s_g - s_w}$).

Steigen die Investitionsausgaben, so kommt es bei Vollbeschäftigung zu steigenden Preisen und damit unter der Annahme eines konstanten Lohneinkommens zu einem Anstieg des Gewinneinkommens. Da das Lohneinkommen konstant ist und das Volkseinkommen wegen der gestiegenen Investitionsausgaben zunimmt, sinkt der Anteil des Lohneinkommens am Volkseinkommen. Der Anteil des Lohneinkommens am Volkseinkommen wird solange sinken, bis ein neues Gleichgewicht erreicht ist, d.h., wenn die geplanten Investitionen gleich dem geplanten Sparen sind.

Daß es in der Realität, besonders in der Zeit nach 1950, wo die Investitionsquote tendenziell stieg, nicht zu einer Umverteilung in diesem Ausmaß gekommen ist, liegt daran, daß erstens die Voraussetzungen von Kaldor hinsichtlich des vollkommen elastischen Geldangebots und des Zusammenhanges vom gestiegenen nominalen Volkseinkommen und konstanten Lohneinkommen nicht vorhanden waren[1)] und zweitens, daß die Sparneigungen von beiden Gruppen in einer dynamischen Entwicklung, wie sie in der Nachkriegszeit vorhanden war, nicht wie bei Kaldor unterstellt, konstant bleiben werden.

52.2 Kritik am Verteilungsmodell von Kaldor

Der bei Kaldor geschilderte Zusammenhang zwischen dem nominalen Volkseinkommen und dem Lohn-

---

1) Siehe hierzu Heuß, E., "Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie", Tübingen 1965, S.15 f.

einkommen, nämlich das gegebene konstante nominale Lohneinkommen und das über die steigenden Investitionsausgaben zunehmende Volkseinkommen, kann nicht als sehr realistisch angesehen werden. Steigen bei Vollbeschäftigung die Investitionsausgaben, so müssen für die Produktion der zusätzlichen Investitionsgüter Arbeitskräfte vorhanden sein. Zusätzliche Arbeitskräfte erhält man aber aus dem Konsumgüterbereich heraus nur durch Lohnüberbietungen. Da aber dadurch neben dem Gewinneinkommen auch das Lohneinkommen steigt, erhöhen sich bei konstanten Sparneigungen die Konsumausgaben. Die Konsumgüterproduzenten werden ebenfalls versuchen, die Produktion der gestiegenen Nachfrage anzupassen, wozu sie zusätzliche Arbeitskräfte benötigen. Dies gelingt allenfalls nur dann, wenn sie die Lohnsätze ebenfalls erhöhen. Der primär entstandene Gewinn wird damit durch das gestiegene Lohneinkommen teilweise aufgezehrt[1]. Dieser Zusammenhang ist aus dem Schaubild 3 (S.83) ersichtlich, wo allerdings nur ein Markt berücksichtigt wurde[2].

Aus Gründen der Einfachheit wird angenommen, daß die Kosten nur aus Lohnkosten bestehen, und daß das Grenzprodukt der Arbeit gleich eins ist. Weiterhin wird unterstellt, daß der Bestand an Arbeitskräften gegeben ist ($A = \bar{A}$). Bei der Unternehmung handelt es sich um einen Angebotsmonopolisten, der seinen Gewinn zu maximieren versucht.

---

1) Siehe hierzu Heuß, E., "Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie, Tübingen 1965, S.23 f.

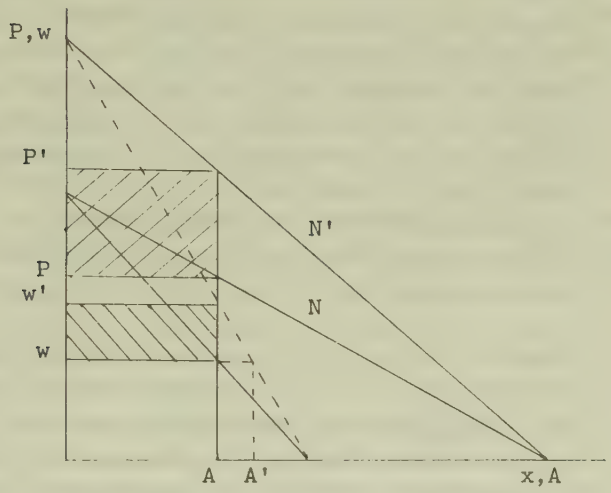
2) Wobei angenommen wird, daß nicht nur ein Markt in der Volkswirtschaft besteht, sondern mehrere Märkte, auf denen sich der gleiche Sachverhalt abspielt wie auf diesem Markt.

Als Lohnsatz ergibt sich:

(26) $w = GA \cdot GE$

GA ist die Grenzproduktivität des Faktors Arbeit. GE ist der Grenzerlös der Unternehmung.

Schaubild 3 [1]



Die Bestimmung des Preises (P) erfolgt aus der Verhaltensweise Grenzkosten (GK) gleich Grenzerlös (GE):

(27) $\frac{w}{GA} = GK = GE \qquad (GA = 1)$

Für das Lohneinkommen ergibt sich:

(28) $L = w \cdot A$

1) Siehe hierzu Heuß, E., "Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie", a.a.O., S.9.

Als Restgröße erhält man wegen $x = A$ das Gewinneinkommen:

(29) $G = P \cdot A - w \cdot A = (P-w)\,A$

In diesem Fall besteht ein Gleichgewicht; alle Arbeitskräfte sind beschäftigt und die produzierte Menge wird zum Preis P abgesetzt. Steigt über die erhöhte Gesamtnachfrage auch die Nachfrage auf diesem Markt von N auf N' [1], so könnte die Produktion auf A' ausgedehnt werden. Da aber die Arbeitskräfte zur Realisierung dieser Produktion fehlen, kommt es wegen der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften zu Lohnerhöhungen. Beim Preis P' wird der Lohnsatz auf w' steigen. Das Rechteck ((P' - P)A) ist der durch die gestiegene Nachfrage zusätzliche Gewinn, der wegen des gestiegenen Lohneinkommens durch den Teil ((w' - w)A) vermindert wird.
Kommt es auf allen Märkten der Volkswirtschaft zu der gleichen Erscheinung, so kann es nicht zu einem Zwangssparprozeß kommen und damit auch nicht zu einer Umverteilung zuungunsten der Arbeitnehmer. Zu einem Zwangssparprozeß kommt es deswegen nicht, weil der Reallohn konstant bleibt ($\frac{w}{P} = \frac{w'}{P'}$) [2].

---

1) Steigt die Nachfrage auf Grund einer von der Kreditschöpfung ausgelösten Kreislaufausweitung und nicht durch eine Zunahme der potentiellen Nachfrager, so verändert sich nur der Ordinatenabschnitt (Schaubild 3 auf S.83).

2) Dies läßt sich mit Hilfe der Amoroso-Robinson-Formel erklären. Da bei den Preisen P und P' die Preiselastizität (E) konstant bleibt, muß die Relation von Grenzkosten (w, w') und Preis auch konstant bleiben.
($\frac{w}{P} = \frac{w'}{P'} = (1 + \frac{1}{E})$)

Als Ergebnis erhält man, daß mit Hilfe des Kaldor'schen Verteilungsmodells kein Zusammenhang zwischen steigender Investitionsquote und sinkendem Einkommensquotienten konstruiert werden kann. Zum einen gibt die Gleichung (24) nur die Höhe des Gewinnanteils an, die bestehen muß, wenn bei konstantem Lohneinkommen und gestiegener Investitionsquote die Gleichheit von geplantem Sparen und geplanten Investitionen realisiert werden soll. Versucht man zum anderen, sich den Prozeß zu erklären, der zu einer Erhöhung des Gewinnanteils führt, so ist das nur unter der unrealistischen Annahme eines konstanten Lohneinkommens möglich. Kommt es aber mit der Ausdehnung des nominalen Volkseinkommens auch zu einer relativ gleich starken Ausdehnung des Lohneinkommens, so ist die Umverteilung hinfällig.

5.3 Die Veränderung von Investitionsausgaben und Einkommensquotient $(\frac{W}{Y/B})$

Das tendenzielle Sinken des Einkommensquotienten in dem Zeitraum von 1950 bis 1960 kann nicht mit der Kaldor'schen Verteilungstheorie erklärt werden.
Die Zunahme des Gewinnanteils von einem Gleichgewicht zum anderen auf Grund der gestiegenen Investitionsquote besagt nur, wie hoch der Gewinnanteil bei konstantem Lohneinkommen sein muß, um die Gleichheit von geplanter Investitionsquote und Sparquote zu realisieren. Versucht man, sich die Erhöhung des Gewinnanteils zu erklären, so ist das nur möglich unter der

unrealistischen Voraussetzung eines konstanten Lohneinkommens[1]. Steigt aber - wie gezeigt wurde[2]- das Lohneinkommen relativ gleich stark an wie das durch die gestiegenen Investitionsausgaben erhöhte Volkseinkommen, so kommt es nicht nur zu keiner Umverteilung, sondern die geplante Erhöhung der Investitionsquote läßt sich nicht realisieren.
Der in der Nachkriegszeit teilweise zu beobachtende Anstieg der Investitionsquote[3] beruht weniger auf einem Zwangssparprozeß als auf einer Erhöhung der Sparneigung beider Gruppen und der Möglichkeit, Arbeitskräfte ohne Lohnüberbietungen in die Investitionsgüterindustrie einzugliedern, da eine große Anzahl von Arbeitslosen vorhanden war.
Für die Erklärung des tendenziell sinkenden Einkmmensquotienten kommt es weniger auf die Veränderung der Investitionsquote an als auf die Veränderung der Investitionsausgaben. Obwohl das Einkommen aus unselbständiger Arbeit gestiegen ist, kann es in einzelnen Jahren zu einem Nachhinken des Arbeitseinkommens hinter der Entwicklung des Volkseinkommens gekommen sein, da die Wachstumsrate der Investitionsausgaben in bestimmten Jahren besonders hoch war.

Aus der Gegenüberstellung der Veränderungen von Nettoinvestitionen und Einkommensquotient (Tab. 10 auf S.87) ist ersichtlich, daß einer hohen Wachstumsrate der Nettoinvestitionen in der Regel eine negative Entwicklung des Einkommens-

---

1) Abgesehen davon ist ein Modell, welches nur für den Gleichgewichtszustand gilt, untauglich für die Erklärung der dynamischen Entwicklung in der Nachkriegszeit.

2) Siehe hierzu S.83 f. dieser Arbeit.

3) Siehe hierzu Tab. 9 auf S.69 dieser Arbeit.

Tabelle 10 [1]

Jahr	Veränderungen der Nettoinvestitionen gegenüber dem Vorjahr	Veränderungen des Einkommensquotienten gegenüber dem Vorjahr
	in v.H.	
1950	-	-
1951	+22,1	-1,7
1952	+25,6	-3,4
1953	- 1,2	+0,6
1954	+26,6	-0,16
1955	+37,2	-2,6
1956	+ 5,1	+0,1
1957	+ 2,6	-0,35
1958	+ 2,7	+0,94
1959	+17,7	-1,2
1960	+26,1	-0,71

quotienten gegenübersteht. In den Jahren mit hoher negativer Veränderung des Einkommensquotienten, das sind die Jahre 1951, 1952, 1955, 1959 und 1960, sind die Wachstumsraten der Nettoinvestitionen überdurchschnittlich hoch und gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Zunahme der Investitionsausgaben hat daher vermutlich zum Anstieg des Preisniveaus beigetragen und damit bei einem hinter der Entwicklung des Volkseinkommens zurückbleibenden Lohneinkommen zu einem Zwangssparprozeß[2]. Die Entwicklung der

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD 1960, S.542, S.550; 1962, S.575 und Tab. 6 auf S.42a dieser Arbeit.

2) Zu dieser Entwicklung hat vermutlich im Jahre 1951 auch der gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegene Außenhandelsüberschuß beigetragen. Siehe hierzu Sachverständigengutachten 1965/66 Tab. 83, S.218/219.

Investitionsausgaben kann daher zur Erklärung des tendenziell sinkenden Einkommensquotienten herangezogen werden. Im Aufschwungsjahr 1959 stieg das Preisniveau des Bruttosozialprodukts nicht so stark. In diesem Jahr kam es zu einem Nachhinken des Einkommens der Unselbständigen hinter der Produktivitätsentwicklung, was sich in der negativen Veränderung des produktivitätsbereinigten Bruttoeinkommens je Unselbständigen zeigt[1].

---

1) Siehe hierzu Tab. 8 auf S.62 dieser Arbeit.

6. Die Lohnpolitik

6.1 Der Zusammenhang zwischen Preisniveau und Lohn- und Gehaltseinkommen

Im vorhergehenden Kapitel wurde die Bedeutung des Zusammenhanges zwischen Preisniveauveränderung und Lohn- und Gehaltsentwicklung gezeigt. Der Einbau von Preisniveau und Arbeitseinkommen in die makroökonomische Verteilungstheorie muß aber als unbefriedigend angesehen werden[1]. Der Zusammenhang zwischen beiden Größen beruht hauptsächlich auf mikroökonomischen Erklärungsmomenten wie Marktform und Verhaltensweise der Marktteilnehmer. Die Versuche von Preiser[2] und Stobbe[3], aufbauend auf der Monopolgradtheorie von Kalecki einen Zusammenhang zu konstruieren, sind nicht überzeugend. Preisers absoluter Zuschlag zu den Lohnkosten und Stobbes prozentualer Zuschlag vermögen zwar eine Verbindung zwischen Lohnkosten und Preisen herzustellen, aber die Erklärung, warum der Zusammenhang gerade dieser Art sein soll, ist nicht einzusehen, da je nach Marktform und Verhaltensweise der Unternehmer sich ein anderer Zusammenhang zwischen Preis und Lohnkosten ergibt. Da aber der Einbau der mikroökonomischen Erklärungsmomente, die den Zusammenhang zwischen Preisniveau und Arbeitseinkommen näher ausfüllen könnten, in der makroökonomischen Verteilungstheorie noch nicht gelöst ist, muß man bei der allgemeinen und sehr vagen Aussage bleiben, daß ein Anstieg des Preisniveaus nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Lohneinkommens ist.

---

1) Siehe hierzu Scheele, E., "Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung", a.a.O., S.23.

2) Preiser, E., "Wachstum und Einkommensverteilung", Heidelberg 1964.

3) Stobbe, A., "Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung", Tübingen 1962.

Für die Erklärung einer Verbesserung des Einkommensquotienten $\left(\frac{\dot{p}}{\dot{w}/q \cdot p}\right)$ tritt noch ein zusätzliches Problem hinzu. Die primäre Ursache des Preisanstiegs in der konkreten Situation zu erkennen, ist schwierig[1], denn es ist fast unmöglich, zu unterscheiden, ob der Preisanstieg eine Reaktion der Lohnerhöhung ist oder auf Grund der Dynamik der Nachfrage erfolgt. Durch die Beantwortung der Frage, welche Größe - Löhne oder Preise bei einer über mehrere Phasen reichenden inflationären Entwicklung in der zu untersuchenden Phase zuerst ansteigt, läßt sich kein Unterscheidungskriterium finden:

"Preissteigerungen, die von Lohnerhöhungen erfolgt werden, können ihrerseits in Reaktion auf einen Kostendruck früherer Perioden vorgenommen worden sein, der wiederum durch einen Nachfragesog in noch weiter zurückliegenden Phasen ausgelöst sein mag"[2]. Die Wahl eines Ausgangsjahres für die Untersuchung des Preisanstieges kann bei der Lösung des Problems nicht helfen, da dies eine willkürliche Trennung der Phasen bedeuten würde[3].

Das für die negative Entwicklung des Einkommensquotienten entscheidende Nachhinken des Arbeitseinkommens hinter der Entwicklung des nominalen Volkseinkommens in den einzelnen Jahren kann daher auch dadurch hervorgerufen sein, daß die Lohnsteigerungen selber zu einem nicht antizipierten Anstieg des Preisniveaus führten. Wie oben schon erwähnt[4] widerspricht dies nicht den Bedingungen einer Nachfrageinflation, solange es

---

1) Siehe hierzu Rose, K., "Bemerkungen zur Theorie der Kosteninflation", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 176 (1964), S. 340.

2) Ebenda S.347.

3) Fällt allerdings die zu betrachtende Periode in die Endphase eines Booms, so ist es sehr wahrscheinlich, daß der Preisanstieg eher auf einen Kostendruck als auf einen Nachfragesog beruht.

4) Siehe hierzu S.66 dieser Arbeit.

[illegible] zu einer Knappheit des betrieblichen Kapitals kommt. Der Knappheit des betrieblichen Kapitals wird nun nicht eingetreten, wenn es zu einer Ausweitung der Nachfrage und damit der monetären Gesamtnachfrage kommt. Die Erhöhung der monetären Gesamtnachfrage zur Lösung der Arbeitslosigkeit wird dann nur dann eine Lösung sein, wenn die Tarifautonomie eingeschränkt und manipuliert ist[1].

Soll der Arbeitslosigkeit durch Lohnpolitik begegnet werden, so muß auch auf die Verhaltensweisen der Arbeitnehmervertreter für die Lohnfindung - Gewerkschaften und Betriebsrat - direkt eingewirkt werden, wenn es nicht auch die Beschäftigungsinteressen derer, die bereits einen Arbeitsplatz haben, und die Gewinnerwartungen der Unternehmer sind, die Investitionsbereitschaft und damit die Nachfrage nach Produktivkapital. Dies setzt auch eine Erkenntnis der Arbeitnehmervertreter über die Funktion von Produktivkapital und Profit voraus, soweit nicht auch von den Kapitaleigentümern ein Arbeitsmarktverhalten gefordert wird[2]. Die Maßnahmen müssen also auf der Form der Arbeitsmarktes, der Arbeitsmarktbeziehungen und der konjunkturellen Situation.

---

1) Siehe hierzu Hank, R., "Die Verteilungs- und Beschäftigungsmechanik der Tarifpolitik", in: "Grundlagen der Verteilungspolitik", Hrsg.: K. Schiller, Schr.d.V.f.Sp. NF 45, Berlin 1966, S.65 f.; Lutz, F., "Aufgaben in Kampf um eine stabile Wirtschaftsordnung", in: Ordo Bd. 12/1960, S.3 ff.; Kunkel, A., "Konzertierte Preispolitik und Inflation", in: Ordo Bd. 12/1957, S.311 ff. und Hicks, J.R., "Economic Foundations of Wage Policy", in: E.J. Vol. 65/1955, S.389 ff.

2) Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpartner lassen sich unter die Kategorien der Lohnzurückhaltung und der Produktivitäts- und Preisklausel darstellen. Siehe hierzu Mikl, H., "Langfristige Probleme der Lohnpolitik und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", Tübingen 1971, S.3.

6.2 Der Einfluß der Lohnpolitik auf die Entwicklung des Einkommensquotienten

Der Einkommensquotient $(\frac{w}{Yr/B \cdot P})$ verändert sich dann nicht, wenn die Reallöhne (w/P) ohne Verzögerung der Entwicklung der Produktivität (Yr/B) angepaßt werden.

Eine laufende Anpassung der Nominallöhne an die Entwicklung von Produktivität und Preisniveau ist aber schon deswegen nicht möglich, weil die Lohnverhandlungen in der Regel in bestimmten Zeitabständen stattfinden[1].

Wird angenommen, daß die Erhöhung des Arbeitseinkommens an der Preis- und Produktivitätsentwicklung der vergangenen Periode ausgerichtet wird, so ist die Veränderung des Arbeitseinkommens der Unselbständigen folgendermaßen zu beschreiben:

Die Ausgangsperiode o ist gekennzeichnet mit einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen in Höhe von w_o. Die Veränderungsraten von Preisniveau und Produktivität sind in der Ausgangsperiode null. In der nächsten Periode bleibt das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Unselbständigen unverändert $(w_o = w_1)$, da ja in der Ausgangsperiode keine Veränderung von Preisniveau und Produktivität zu verzeichnen war, und somit eine Steigerung des Arbeitseinkommens hinfällig ist. Allerdings wird in dieser Periode und den folgenden Perioden im Gegensatz zur Ausgangsperiode eine gleichbleibende Zuwachsrate von Preisniveau und Produktivität ange-

---

1) Gegenstand der Tarifverhandlungen sind die Tariflöhne und nicht die Effektivlöhne. Werden aber die Tariflöhne erhöht, so steigen auch die Effektivlöhne, da zwischen beiden eine relativ stabile Differenz besteht. Ob die Lohndrift - das ist die Differenz der prozentualen Zunahme von Effektivlöhnen und Tariflöhnen - sich dabei ausweitet oder einengt, hängt hauptsächlich von der konjunkturellen Entwicklung ab. Siehe hierzu Losacker, L., "Die Bedeutung der Lohnpolitik für Stabilität und Wachstum", Vortrag auf der Jahrestagung 1967 des Deutschen Industrieinstitutes, Hrsg.: Deutsches Industrieinstitut Köln, S.7.

nommen. In der darauffolgenden Periode wird daher annahmegemäß das Arbeitseinkommen um die Zuwachsrate von Preisniveau und Produktivität der vorhergehenden Periode erhöht. Da aber bei der Steigerung des Arbeitseinkommens die in dieser Periode wiederum auftretende Veränderung von Preisniveau und Produktivität nicht berücksichtigt wird, hinkt das Arbeitseinkommen um eine Periode hinter der Entwicklung von Preisniveau und Produktivität her.
Für das Arbeitseinkommen der Periode t kann geschrieben werden:

$$(30) \quad w_t = w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1} \quad 1)$$

p und k sind die Veränderungsraten von Preisniveau und Produktivität, wobei unterstellt wird, daß sie in jeder Periode unverändert bleiben. Berücksichtigt man neben der Veränderung des Arbeitseinkommens auch die Erhöhung der Erwerbstätigenproduktivität, so kann man eine Aussage machen über die Entwicklung des Einkommensquotienten:

In der Ausgangsperiode, wo die Zuwachsraten von Produktivität und Preisniveau null sind, hat der Einkommensquotient folgendes Aussehen:

$$(31) \quad EQ_o = \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o}$$

Da nun der Zähler des Einkommensquotienten (w_o) in der nächsten Periode konstant bleibt, der Nenner ($Yr_o/B_o \cdot P_o$) aber um die Zuwachsrate des Preisniveaus und der Produktivität steigt, sinkt der Einkommensquotient gegenüber der Ausgangsperiode.

$$(32) \quad EQ_1 = \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o(1+p)\ (1+k)}$$

---

1) Siehe hierzu Zierke, M., "Die redistributiven Wirkungen von Inflationen", Göttingen 1970, S.71.

Durch die Erhöhung des Arbeitseinkommens in der folgenden Periode um die Zuwachsrate von Produktivität und Preisniveau der vergangenen Periode würde der Einkommensquotient an sich wieder auf den Wert der Ausgangsperiode steigen; da aber in dieser Periode das Preisniveau und die Produktivität ebenfalls steigen, bleibt der Einkommensquotient auf dem verminderten Wert liegen.

$$(33)\quad EQ_1 = EQ_2 = \frac{w_o(1+p)(1+k)}{Yr_o/B_o \cdot P_o(1+p)^2(1+k)^2}$$

Für den Einkommensquotienten der Periode t (EQ_t) gilt:

$$(34)\quad EQ_t = \frac{w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}}{Yr_o/B_o \cdot P_o(1+p)^t(1+k)^t}$$

Wird der Einkommensquotient der Periode t dividiert durch den Einkommensquotienten der Periode o ($EQ_o = \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o}$) so ergibt sich:

$$(35)\quad \frac{EQ_t}{EQ_o} = \frac{w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}}{Yr/B_o \cdot P_o(1+p)^t(1+k)^t} : \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o}$$

$$= \frac{(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}}{(1+p)^t\ (1+k)^t} = \frac{1}{(1+p)\ (1+k)}$$

Bei positiven Veränderungsraten von Preisniveau und Produktivität ($p > o$, $k > o$) ist der Einkommensquotient der Periode t gegenüber demEinkommensquotienten der Periode o gesunken, da $\frac{1}{(1+p)\ (1+k)}$ kleiner ist als eins. Allerdings sinkt der Einkommensquotient in diesem Zeitraum nicht kontinuierlich, sondern aufgrund der Annahmen sinkt er nur einmalig und zwar in der Periode 1 und bleibt dann weiterhin auf dem verminderten Wert während des Zeitraumes liegen.

Diese Art der Lohnerhöhung wird aus mehreren Gründen längerfristig nicht sehr wahrscheinlich sein. Die Gewerkschaften werden im Laufe der Zeit Erfahrungen über die Entwicklung von Produk-

tivität und Preisniveau gewinnen und dementsprechend auch ihre Lohnforderungen erhöhen. Es ist daher zu vermuten, daß diese Art der Lohnanpassung eher für die ersten Jahre nach 1950 zutrifft als für die späteren Jahre. Unterstützt wird diese Vermutung dadurch, daß die am Anfang des zu betrachtenden Jahrzehnts noch vorhandene hohe Anzahl von Arbeitslosen die für die Durchsetzung höherer Lohnforderungen notwendige Machtentfaltung nicht gewährleistete.

Haben die Gewerkschaften die notwendige organisatorische Stärke, und verfügen sie über entsprechende Machthebel gegenüber der Arbeitgeberseite, so kann es ihnen gelingen, Lohnforderungen durchzusetzen, die höher liegen als die Preis- und Produktivitätsentwicklung der vergangenen Periode.

Diese expansive Lohnpolitik wird aber nur dann von einem Erfolg gekrönt sein, wenn es tatsächlich zu einer Ausweitung der monetären Gesamtnachfrage kommt und damit nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung. Eine Ausweitung der monetären Gesamtnachfrage wird aber nur dann erreicht, wenn die Unternehmer nicht bereit sind, ihre Konsumtions- und Investitionsausgaben zugunsten der steigenden Lohnkosten zu reduzieren, sondern vermehrt durch zusätzliche Bankkredite zu finanzieren[1]. Dazu sind zwei Voraussetzungen notwendig:[2]

1. Es muß ein elastisches Geldschöpfungssystem bestehen, und
2. müssen die Erwartungen der Unternehmer hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Lage

---

1) Siehe hierzu Grunau, J., a.a.O., S.126.

2) Diese Voraussetzungen sind auch notwendig bei der oben beschriebenen Variante der Lohnpolitik.

optimistisch sein, d.h. sie müssen damit rechnen können, daß sie die gestiegenen Lohnkosten in die Preise weitergeben können, ohne daß es zu Produktionseinschränkungen kommt.
Für das Arbeitseinkommen je Unselbständigen in der Periode t ergibt sich unter diesen Voraussetzungen:

$$(36)\quad w_t = w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}(1+z)$$

Die Größe Z zeigt die Rate an, um die die Löhne in dieser Periode stärker steigen als Produktivität und Preisniveau der vergangenen Periode.

Der Einkommensquotient der Periode t (EQ_t) hat folgendes Aussehen:

$$(37)\quad EQ_t = \frac{w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}(1+z)}{Yr_o/B_o \cdot P_o(1+k)^t(1+p)^t}$$

Wird dieser Einkommensquotient durch den Einkommensquotienten der Periode o ($EQ_o = \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o}$) dividiert, so kann man die Veränderung des Einkommensquotienten der Periode t gegenüber dem der Ausgangsperiode feststellen:

$$(38)\quad \frac{EQ_t}{EQ_o} = \frac{w_o(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}(1+z)}{Yr_o/B_o \cdot P_o(1+p)^t(1+k)^t} : \frac{w_o}{Yr_o/B_o \cdot P_o}$$

$$= \frac{(1+p)^{t-1}(1+k)^{t-1}(1+z)}{(1+p)^t(1+k)^t} = \frac{(1+z)}{(1+p)(1+k)}$$

Aus der Gleichung (36) ist ersichtlich, daß der Einkommensquotient der Periode t nur dann mit dem Einkommensquotienten der Periode o übereinstimmt, wenn die Zuwachsrate der Löhne, die über die Entwicklung von Preisniveau und Produktivität hinausgeht (1+z), gleich der periodisch wiederkehrenden Wachstumsrate von Produktivität und Preisniveau ist (1+p)(1+k).

Bisher war angenommen worden, daß die periodischen Veränderungsraten von Preisniveau und Produktivität in jeder Periode gleich groß sind. Steigen aber die Löhne stärker als Preisniveau und Produktivität der vergangenen Periode, so wird das Konsequenzen haben für die Veränderung des Preisniveaus in der laufenden Periode, da gemäß der Voraussetzungen der Teil des Lohnanstiegs in die Preise weitergegeben wird, der über der Veränderung von Produktivität und Preisniveau liegt. Die Veränderung des Preisniveaus wird daher in der Periode mit der expansiven Lohnpolitik größer sein als in der vorangegangenen Periode. Für die Entwicklung des Einkommensquotienten ist entscheidend, welchen Einfluß die Zuwachsrate (z) auf die Veränderung des Preisniveaus hat.

Ist der Teil des Lohnanstiegs, der die Entwicklung von Produktivität und Preisniveau der vergangenen Periode übertrifft, gleich dem in der laufenden Periode erwarteten und in der Vergangenheit immer eingetroffenen Produktivitäts- und Preisanstieg, so kann der Einkommensquotient nicht den Wert der Ausgangsperiode erreichen, da wegen der teilweisen Überwälzung des gestiegenen Lohneinkommens das Preisniveau stärker steigt als erwartet.

Orientiert man sich bei der Lohnerhöhung in der nächsten Periode an der Veränderung von Preisniveau und Produktivität der vergangenen Periode, so wird das Lohneinkommen zwar stärker steigen als das in der vorherigen Periode, aber da es wiederum zu einem unerwarteten Preisniveauanstieg kommt, wird der Einkommensquotient unter dem Wert der Ausgangsperiode bleiben[1].

6.3 Die Bedeutung der Verschiedenartigkeit der Lohnerhöhung für das Sinken des Einkommensquotienten

Bei beiden beschriebenen Arten der Lohnanpassung kam es zu einem Nachziehen der Löhne hinter der Entwicklung von Produktivität und Preisniveau. Der Anstoß zu diesem Nachhinken lag einerseits in der auf Grund der Zunahme der Investitionen gestiegenen Gesamtnachfrage und andererseits in der expansiven Lohnpolitik, die zu einem nicht vorausgesehenen Anstieg des Preisniveaus führte.

Versucht man, die negative Entwicklung des Einkommensquotienten in den einzelnen Jahren einer der beiden Arten der Lohnerhöhung zuzuschreiben, so ist man auf Vermutungen angewiesen.

Das Sinken des Einkommensquotienten in den Jahren 1951, 1952 und 1954[2] beruht vermutlich eher

---

1) Siehe hierzu u.a. Galbraith, J.K., "Die moderne Industriegesellschaft", München/ Zürich 1972, S.237.

2) Siehe hierzu Tabelle 6 auf S.42a und Tabelle 9 auf S.69 dieser Arbeit.

auf einem Nachhinken des Lohneinkommens hinter dem durch die gestiegenen Investitionsausgaben ansteigenden Preisniveau. Unterstützt wird diese Vermutung noch dadurch, daß die Gewerkschaften in den ersten Jahren nach 1950 wahrscheinlich noch wenig Erfahrung und wegen der Arbeitslosenzahl auch wenig Macht hatten. Diese Art der Erklärung wird wahrscheinlich auch für das Sinken des Einkommensquotienten im Jahre 1959 zutreffen, da es im beginnenden Aufschwung im Jahre 1959 nach der leichten Rezession von 1957 und 1958 zu einem Nachhinken des Lohneinkommens hinter der durch die bessere Kapazitätsauslastung gestiegenen Produktivität gekommen sein kann. Die andere Art der Lohnpolitik - die expansive Lohnpolitik - kann vermutlich eher das Sinken des Einkommensquotienten in den Jahren 1955 und 1960 erklären. Da in diesen Jahren die erreichten Tariflohnerhöhungen[1)] und auch das Preisniveau stärker gestiegen sind als im Vorjahr, kann es durchaus der Fall gewesen sein, daß die gestiegenen Lohnkosten teilweise überwälzt wurden und damit zum Anstieg des Preisniveaus mitbeitrugen. Diese Vermutung wird dadurch noch erhärtet, daß diese Art der Lohnpolitik in den Endphasen eines Booms wahrscheinlicher ist als im Aufschwung. Bei den Jahren 1955 und 1960 handelt es sich um solche Endphasen eines Booms.

---

1) Jahr — Erreichte Tariflohnerhöhungen in %

	Arbeiter	Angestellte
1954	5,4	5,1
1955	7,8	7,6
1956	9,1	6,9
1957	8,7	6,8
1958	6,8	5,8
1959	6,4	6,1
1960	8,2	9,5

Quelle: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften 1961, Heft 5/6 S.114.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich für eine Erklärung des Sinkens des Einkommensquotienten in den einzelnen Jahren folgendes sagen:
Der tendenziell negative Einfluß der steigenden Anzahl an Unselbständigen auf die Entwicklung des Einkommensquotienten war vermutlich stärker in der ersten Hälfte des betrachteten Jahrzehnts als in der zweiten Hälfte. Der Einfluß war in der ersten Hälfte wahrscheinlich deswegen stärker, weil die Anzahl der Unselbständigen stärker gestiegen ist als in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts.

Wie gezeigt wurde, reichte der Einfluß der steigenden Anzahl der Unselbständigen nicht völlig aus, um das Sinken des Einkommensquotienten zu erklären. Hinzu kommt daher noch das durch die gestiegenen Investitionsausgaben ansteigende Preisniveau, was bei einem Nachhinken des Lohneinkommens zu einem Sinken des Einkommensquotienten führte. Im Jahre 1959 kam es zu einem Sinken des Einkommensquotienten durch das Nachhinken des Lohneinkommens hinter der durch die bessere Kapazitätsauslastung gestiegenen Produktivität.
In den Jahren 1955 und 1960 - wo die Endphasen eines jeweiligen Booms erreicht wurden - hat die Lohnerhöhung wohl auch mit zum Preisniveauanstieg beigetragen, der bei der Lohnerhöhung nicht vorausgesehen wurde.

Aus diesem Ursachenkomplex ist ersichtlich, daß die Projektion einer Globalgröße wie der Lohnquote und des Einkommensquotienten entscheidend von der Beurteilung der zukünftigen konjunkturellen Bewegung abhängt. Es ist nicht nur erforderlich, daß man die zukünftige Entwicklung des Lohneinkommens einigermaßen voraussehen kann, sondern man muß auch die zukünftige Entwicklung der anderen Komponenten der Gesamtnachfrage richtig antizipieren. Eine von den Gewerkschaften geplante Umverteilung der Einkommen mittels Durchsetzung bestimmter Lohnforderungen wird solange nicht von Erfolg gekrönt sein wie der - teilweise in Reaktion auf die Lohnerhöhung entstehende - Preisniveauanstieg nicht berücksichtigt wird. Eine Erhöhung des Einkommensquotienten mit Hilfe der Lohnpolitik wird nur dann Erfolg haben, wenn die Bereitschaft der Unternehmer, zu investieren und Kredite nachzufragen, nachläßt, was allerdings schließlich zu einem Rückgang der Beschäftigung führt. Die Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer mit Hilfe der Lohnpolitik ist sehr problematisch. Die bessere Möglichkeit für eine Verbesserung der Einkommensverteilung der Arbeitnehmer ist die Erhöhung der Sparquote der Unselbständigen[1]. Hier kann auch der Staat mit seinen vermögenspolitischen Maßnahmen helfend eingreifen.

---

1) Siehe hierzu u.a. Helmstädter, E., a.a.O., S.409.

Abkürzungen:

1. Jb. f. N. u. St. = Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik
2. Jb. f. Sw. = Jahrbuch für Sozialwissenschaften
3. P. E. J. = Political Economic Journal
4. Schr.d.V.f.Sp. = Schriften des Vereins für Sozialpolitik
5. Z. f. d. ges. Staatsw. = Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Literaturverzeichnis:

A. Bücher und Aufsätze:

1. Agartz, V., "Expansive Lohnpolitik", in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften, 6. Jg., Köln 1953, Heft 12.
2. Bombach, G., "Die verschiedenen Ansätze der Verteilungstheorie", in: Einkommensverteilung und technischer Fortschritt, Hrsg.: E. Schneider, Schr.d.V.f.Sp., NF 17, Berlin 1959, S.95 ff.
3. Fürst, G., Diskussionsbeitrag, in: Lohnpolitik und Vermögensbildung, Hrsg.: E. Stiller, Tübingen 1964, S.25 ff.
4. Galbraith, J.K., "Die moderne Industriegesellschaft", München, Zürich 1972, 4. Aufl.
5. Grunau, J., "Lohnpolitik, Produktivität und Preisniveau", in: Ordo, Bd. XV/XVI, 1965, S.111 ff.
6. Helmstädter, E., "Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der BRD unter verteilungstheoretischem Aspekt 1950-1965", in: Jb.f.N.u.St., Bd. 179, 1966, S.389 ff.
7. Heuß, E., "Die Verbindung von mikroökonomischer und makroökonomischer Verteilungstheorie", Tübingen 1965.
8. Derselbe, "Die Wettbewerbs- und Wachstumsproblematik der Oligopols", in: Grundlagen der Wettbewerbspolitik, Hrsg.: K. Schneider, Schr.d.V.f.Sp., NF 48/1968, S.50 ff.

9. Hicks, J.R., "Economic Foundations of Wage Policy", in: The Economic Journal, Vol. 65/1955 S.389 ff.

10. Jeck, A., "Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens", Tübingen 1970.

11. Kaldor, N., "Alternative Theories of Distribution", in: Review of Economic Studies, Bd. 23 1955/56, S.83 ff.

12. Klaus, J., "Determinanten der Lohnquote und ihre Quantifizierung", in: Z.f.d.ges. Staatsw., Bd. 120/1964, S.623 ff.

13. Klemmer, P., "Wichtige Erscheinungsformen der Lohnquote", Berlin 1967.

14. Konrad, A., "Monopolistische Preispolitik und Inflation", in: Ordo, Bd.18/1967, S.311 ff.

15. Krelle, W., "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft", in: Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Hrsg.: W. Hoffmann, Schr. d.V.f.Sp., NF 13/1957, S.55 ff.

16. Kromphardt, J., "Strukturwandel und Einkommensverteilung". Tübingen 1969.

17. Külp, B., "Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften", Berlin 1965.

18. Liefmann-Keil, E., "Ökonomische Theorie der Sozialpolitik", Berlin, Göttingen, Heidelberg 1961.

19. Losacker, L., "Die Bedeutung der Lohnpolitik für Stabilität und Wachstum", Vortrag auf der Jahrestagung 1967 des Deutschen Industrieinstitutes Köln.

20. Lübbert, J., "Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung", Tübingen 1964.

21. Lutz, F., "Aufgaben im Kampf um eine freiheitliche Wirtschaftsordnung", in: Ordo, Bd. 18/1967, S.3 ff.

22. Mückl, W., "Langfristige Probleme der Lohnpolitik und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", Tübingen 1971.

23. Müller, J.H., "Determinanten der Lohnquote", in: Z.f.d.ges.Staatsw., Bd. 120/1964, S.623 ff.

24. Ott, A.E., "Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung", Schriftenreihe der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zur Wirtschafts- und Industriepolitik, Heft 10, Düsseldorf 1968.

25. Preiser, E., "Grundzüge der Konjunkturtheorie", Tübingen 1933.

26. Derselbe, "Wachstum und Einkommensverteilung", Heidelberg 1964.

27. Derselbe, "Wirtschaftspolitik heute", München 1967.

28. Derselbe, "Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmergewinn", in: Jb.f.N.u.St., Bd. 167/1955, S.89 ff. Wiederabgedruckt in: Preiser, E., "Bildung und Verteilung des Volkseinkommens", Göttingen 1957, 3. Aufl. 1963, S.140 ff

29. Riese, H., "Wirtschaftswachstum, Produktivitätslohn und Preisstabilität", in: Lohnpolitik und Vermögensbildung", Hrsg.: E. Stiller, Tübingen 1964, S.222 ff.

30. Rose, K., "Bemerkungen zur Theorie der Kosteninflation", in: Jb.f.Sw., Bd.12/1961, S.399 ff.

31. Sambach, E., "Einige Beziehungen zwischen Einkommensverteilung, Löhnen, Produktivität und Beschäftigtenstruktur sowie ihre längerfristige Entwicklung in der EWG-Ländern", in: Konjunkturpolitik, 11.Jg. 1965, S.19 ff.

32. Scheele, E., "Die makroökonomische Theorie der Einkommensverteilung", in: Jb.f.Sw., Bd. 14/1963, S.141 ff.

33. Schmidt, K.D., Schwarz, U. u. Thiebach, G., "Das Problem der Lohnquote", Gutachten erstattet im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Tübingen 1966.

34. Stobbe, A., "Untersuchungen zur markoökonomischen Theorie der Einkommensverteilung", Tübingen 1962.

35. Vogt, W., "Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft", Tübingen 1968.

36. Wallich, H.C., "Inflation und Wirtschaftswachstum", in: Wirtschaftswachstum durch Geldwertschwund", Schriftenreihe Steuerrecht und Steuerpolitik, Heft 11. Heidelberg 1971.

37. Zierke, M., "Die redistributiven Wirkungen von Inflationen", Göttingen 1970.

B. Zeitschriftenartikel, Jahrbücher und Gutachten

1. "Arbeitnehmeranteil gesunken", in: Frankfurter Rundschau, 1.4.1971, S.1.

2. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1965, Stuttgart und Mainz 1965.

3. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1970, Stuttgart und Mainz 1970.

4. Markmann, H., Interview, in: Wirtschaftswoche/ Der Volkswirt, Nr.14/1971.

5. Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institures der Gewerkschaften, 1961, Heft 5/6.

6. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1960, 1961, 1962, 1965, 1966.

7. Wirtschaft und Statistik (Hrsg.: Statistisches Bundesamt) 1960, Heft 1; 1961 Heft 1 und 1964 Heft 1.

L E B E N S L A U F

- Geboren am 1.8.1944 in Drangstedt (Krs. Wesermünde) als Sohn des Ingenieurs Karl-Heinz Wenkebach und seiner Ehefrau Annemarie geb. Bösch.

- Schulbesuch von Ostern 1951 bis Ostern 1965 in Bremerhaven.

- Ostern 1965 Abitur an der Wirtschaftsoberschule Bremerhaven.

- Anschließend halbjährige Tätigkeit als Praktikant der Städtischen Sparkasse Bremerhaven.

- Achtsemestriges Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg ab WS 1965/66.

- Februar 1970 Diplomprüfung für Volkswirte an der Philipps-Universität Marburg.

- Seit Juni 1970 Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle für Finanzwissenschaft im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg.

- Am 8.2.1972 mündliche Prüfung für den Doktor der Wirtschaftswissenschaften.